

# Der Deutsche Metallarbeiter

## Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1,50 M. Anzeigenpreis die 6 gespalt. Colonelzeile für Arbeitsgesuche 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

### Selbsterkenntnis.

„Wie kann man sich selbst kennen lernen? Durch Handeln. Versuche Deine Pflicht zu tun und Du weißt gleich, was an Dir ist.“ (Goethe.)

Willst du voranschreiten, so suche dich zunächst selbst kennen zu lernen. Wer mit Energie ein bestimmtes Ziel erstrebt, muß sich von Zeit zu Zeit darüber orientieren, was er erreicht und was zu erstreben übrig bleibt. Welche Anforderungen auch das Leben an den einzelnen stellt, so ist und bleibt die erste und wichtigste: Eine gewissenhafte und möglichst gute Ausführung der Berufsarbeit. Es mag einer ein noch so glänzendes Allertalent sein, und die wohlklingendsten Prinzipien im Munde führen, er ist nur ein halber Mensch, wenn er dabei ein Stümper in seiner pflichtmäßigen Arbeit ist. Gerade Menschen, die sich einen Ehrenschein und ein gewisses Renommee durch äußere Vorzüge erworben haben, sollten die rücksichtsloseste Ehrlichkeit gegen sich selbst nicht verlieren. Gerade ihnen ziemt es, mit einem kritischen Blick ihr tägliches Schaffen dann und wann scharf zu beobachten und zu prüfen, ob sie es auch ernst nehmen im Kampfe gegen jede Halbheit und jedes Blendwerk.

Was hier von der Berufsarbeit gesagt ist, gilt ebenso für die Standsarbeit. Auch der christliche Gewerkschaftler wird nicht danach gewertet, ob er in so und so vielen Klubbvereinen und Klubs eine Rolle spielt, sondern danach, wie er seine Pflichten als Gewerkschaftler erfüllt. Die Frage nach der beruflichen und gewerkschaftlichen Pflichterfüllung muß sich der Gewerkschaftler mindestens allwöchentlich vorlegen und sie mit rücksichtsloser Ehrlichkeit gegen sich selbst beantworten. Durch diese ständige Selbstkontrolle wird er zum freien Handeln angeleitet, ein Vorzug, der dem freien Mann über alle modernen Sklaven turmhoch hinaushebt.

Werde dir darüber klar, wie du deine Pflichten als Arbeiter und Gewerkschaftler erfüllst, und du weißt, was an dir ist!

### Zur Metallarbeiter-Ausperrung in Menden.

Mit der Ausperrung ihrer Arbeiter haben sich die Mendener Industriellen selbst schwer in die Kesseln gesetzt. Das kommt ihnen offensichtlich auch immer mehr zum Bewußtsein. So ist es Tatsache, daß sich neuerdings die Fälle mehren, wo Fabrikanten dieselben christlich organisierten Metallarbeiter, die sie vor gut zwei Monaten der Firma Schmöle und Co. und dem Arbeitgeberverbande zuliebe aussperrten, zur Wiederaufnahme der Arbeit und — zum Austritt aus der Organisation zu bewegen suchen! Dieses Vorgehen der Fabrikanten beweist, daß sie an dem Schaden, den ihnen die Ausperrung verursacht, schwer zu tragen haben. Statt aber nun auf ihren Arbeitgeberverband im Sinne einer Revision des übereilten und die Mendener Industrie schwer treffenden Aussperrungsbeschlusses einzuwirken, stellt man an die Arbeiter ein solches Ansinnen! — Die Mendener Industriellen mögen sich gesagt sein lassen, daß die christlich organisierten Metallarbeiter treu zu ihrem Verbands stehen und auf ihr Koalitionsrecht nicht verzichten werden.

Daß die christlichen Metallarbeiter die heutige Situation nicht heraufbeschworen haben, muß doch jeder zugeben, der sich das Verhalten des Mendener Arbeitgeberverbandes im Anschluß an die Lohnbewegung der Arbeiter bei der Firma Schmöle u. Co. noch einmal kurz vergegenwärtigt.

Ohne zuvor auch nur einen Einigungsversuch zwischen den Parteien anzubahnen, faßte der Arbeitgeberverband einfach den Beschluß, sämtliche christlich organisierten Arbeiter aus den Verbandsbetrieben auszusperrn. Dadurch war ein Teil der Arbeitgeber gezwungen, den Betrieb einzustellen, während ihre Konkurrenten weiter arbeiten ließen. Diese Kalamität führte dann zur Verhängung der Generalausperrung, die am 7. Dezember in Kraft trat, aber am 12. Dezember wieder aufgehoben wurde. Den Arbeitern wurde ein Reviers zur Unterschrift vorgelegt, worin sie erklären sollten, keiner Organisation anzugehören, keine in der Lohnbewegung stehenden Kollegen zu unterstützen, auswärts keine Beschäftigung anzunehmen und bereitwillig die Arbeit wieder aufzunehmen, wenn es der Arbeitgeberverband fordere.

Man beachte: In dem Augenblick, wo die Mendener Industriellen als Organisation Maßnahmen zur Unterdrückung eines Mitgliedes durchzuführen, verlangten sie von den Arbeitern Austritt aus der Organisation und Verweigerung jeder Unterstützung der in einer Lohnbewegung stehenden Kollegen. Die Mendener Unternehmer verweigerten ihren Arbeitern also das Recht, was sie als selbstverständlich für sich in Anspruch nahmen.

— Kein Wunder, daß selbst ca. 300 unorganisierte Arbeiter es nicht über sich bringen konnten, sich durch Vergabe der Unterschrift unter ein solches Schriftstück selbst zu entmannen.

Dann setzten die Mendener Fabrikanten ihre Hoffnung auf die Veranziehung von auswärtigen „Arbeitswilligen“. Auch das schlug fehl; denn selbst diejenigen der unorganisierten Mendener Arbeiter, die sich zur Unterzeichnung des unwürdigen Revieres von den Unternehmern hatten bereitwillig lassen, weigerten sich entschieden, mit „Ferkelkolonnen“ zusammen in einem Werk zu werken.

Alle Maßnahmen des Mendener Arbeitgeberverbandes liefen also darauf hinaus, die christlichen Metallarbeiter aus ihrer Organisation hinauszuzwingen. Damit wurde die Ausperrung für die Arbeiter ein Kampf zur Verteidigung ihres Koalitionsrechtes. Die Arbeiter kann man also nicht verantwortlich dafür machen, wenn jetzt viele Mendener Fabrikanten an den Folgen der Ausperrung schwer zu tragen haben. Hoffentlich sehen diese Unternehmer nun endlich ein, wie unklug sie in ihrem eigenen Interesse gehandelt, als sie seinerzeit zur Verwirklichung eines so ungerechtfertigten Aussperrungsbeschlusses die Hand boten.

### Das Treiben der Sozialdemokratie gegen die kämpfenden Mendener Kollegen

Spottet nach wie vor jeder Beschreibung. Die sozialdemokratische Presse überschlägt sich nachgerade in einem fortwährenden Geheul über angeblichen Streikbruch, den nach ihrer Ansicht die Mendener Kollegen verübten, die sich nach monatelangem Kampfe auswärts nach Arbeit umsehen. Die ganze niedrige Masche der sozialdemokratischen Verleumdungen wird erst ins rechte Licht gerückt, wenn man bedenkt, daß sich den Mendener Kollegen, die überhaupt auswärts Stellung suchten, in der jetzigen Hochkonjunktur so reichliche Arbeitsgelegenheit bietet, daß sie wahrhaftig nicht auf bestreikte oder gesperrte Betriebe angewiesen sind.

Aber die Genossen befolgen mit ihrer systematischen Verleumdungsaktion ganz bestimmte unsaubere Zwecke. Zunächst sollen diejenigen Fabrikanten, die es wagen, Mendener christlich organisierte Arbeiter einzustellen, bei den Arbeitgeberverbänden denunziert werden, daß sie Leute aus einem „Ausperrungsgebiet“ eingestellt hätten. Ferner soll die Öffentlichkeit von dem brutalen Terrorismus der „frei“ organisierten Metallarbeiter in Feuerbach und Hilden abgelent werden. Der „Reichsbote“ kennzeichnet dieses arbeiterverräterische Treiben der Genossen in seiner Nr. 6 treffend wie folgt:

„Noch ist der Kampf des christlichen Metallarbeiterverbandes in Menden, über den wir mehrfach berichteten, unentschieden. Durch die hier vorliegende Ausperrung soll der christliche Metallarbeiterverband gezwungen werden, einen Streik, der zwecks Einführung zeitgemäßer Lohn- und Arbeitsbedingungen bei einer Mendener Firma entkamte, aufzugeben. In diesen Gebieten haben, genau wie im Saarrevier, die christlichen Gewerkschaften den größten Anhang. Die Sozialdemokratie macht nun verzweifelte Anstrengungen, um sich während der Bewegung in diese Gebenden einzunisten. Ihre Ausflüchte wären um so größer, wenn die christlichen Gewerkschaften hier Niederlagen erlitten. Bezüglich der Mendener Bewegung schrieb die sozialdemokratische „Metallarbeiterzeitung“ in der Nr. 48/1912:

„Aber der Kampf wäre für die Mendener Arbeiter nicht umsonst geführt, wenn er ihnen bewiese, daß der christliche Metallarbeiterverband zur wirklichen Vertretung der Arbeiterinteressen unfähig ist.“

Also darauf kommt es der Sozialdemokratie an, daß die Arbeiter hier eine Niederlage erleiden! Bei dem Saarlamp ist ihr Wunsch nicht in Erfüllung gegangen. Die sozialdemokratische Preßkampagne, die neuerdings bezüglich des Mendener Kampfes eingesetzt hat, hat wie jeder Kundige sieht, nur den Zweck, die Unternehmer auf die Tatsache aufmerksam zu machen, daß durch Unterbringung Mendener Arbeiter in anderen Gebenden die Position der Streikenden verbessert wird. Die sozialdemokratischen Zeitungen, voran der „Vorwärts“, die sich so gern als Arbeiterpresse spreizen, leisten hier den Unternehmern Aufklärungsdienste, zum Schaden der Arbeiter. Also statt Arbeiterinteressenvertretung — Arbeiterinteressenvertretung!

Dem ist noch anzufügen, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften jetzt anscheinend überall dort, wo einige ausgesperrte Mendener Arbeiter sich um Stellung bemühen, geistlich Bewegungen vom Zaune zu brechen suchen. So machten sie es in Feuerbach und Hilden. An anderen Orten scheinen ähnliche Pläne geplant zu sein. Ein solch arbeiter-schädigendes Treiben kann nicht scharf genug gebrandmarkt werden.

Diese systematische Versperrung der Arbeitsplätze für die christlichen Arbeiter durch die Sozialdemokraten ist die Fortsetzung des unsolidarischen Verhaltens, welches der sozialdemokratische Metallarbeiterverband von Anfang an in diesem Kampfe eingenommen hat. Diese Klassenkampforganisation läßt in Menden ihre Flugblätter von einem

Arbeitswilligen verteilen. Ihre dortigen Sekretäre Hoffmeister und Storch erklärten schon vor Ausbruch des Kampfes, wie vor Gericht nachgewiesen wurde, die Mitglieder des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes anweisen zu wollen, Streikarbeit zu verrichten.

Unsere Kollegen werden gut tun, wenn sie dieses arbeiterverräterische Treiben der Sozialdemokratie an allen Stellen ins rechte Licht rücken. Die noch nicht organisierten Metallarbeiter aber sollten aus dem Vorgehen der Genossen gegen die Mendener Kollegen ersehen, wie hohe Zeit es ist, daß auch sie sich einmal aufrufen und ihrer Organisation, dem christlichen Metallarbeiterverband, beitreten. Nur, wenn sie stark, einig und geschlossen in ihrer Organisation besteht, wird die christlich-nationale Arbeiterkraft dem roten Terror ein wirkliches Paroli bieten und sich dauernd Erwerbsmöglichkeit und Brot sichern können. Darum Kollegen, an die Arbeit, es handelt sich um eure Existenz und Freiheit!

### Ein Pionier des sozialen Fortschritts.

(Zum 70. Geburtstag Hans Hermann Frhr. v. Berlepsch.)

Wenn wir uns das stattliche Gebäude unserer Arbeitergesetzgebung in Deutschland: Arbeiterversicherung, Arbeiterschutzgesetzgebung, betrachten und uns rühmen, daß unser Vaterland unter den modernen Kulturländern auf dem Gebiete der gesetzlichen Sozialreform an der Spitze steht, so gedenken wir gern jener Männer, die mit ungeheurer Mühe, Aufopferung und selbstloser, hingebender Arbeit geholfen haben, diese Gesetzgebung zu schaffen. Wir sollen gern und freudig jenen Männern unsere vollste Anerkennung und unseren herzlichsten Dank, welche in einer Zeit die soziale Gesetzgebung gefördert haben, als die Arbeiterschaft selbst infolge der Schwäche ihrer Organisationen noch nicht so in der Lage war, hier mitzuarbeiten, wie dies gegenwärtig der Fall ist. Unter jenen Persönlichkeiten ragt ganz besonders ein Mann hervor, der am 30. März dieses Jahres seinen 70. Geburtstag feiert; das ist der uns allen bekannte, in unserer christlichen Arbeiterschaft geachtete und beliebte Vorüberende der Gesellschaft für Soziale Reform, Freiherr von Berlepsch. Wir feiern in ihm nicht bloß den Staatsmann, der in seiner Eigenschaft als Minister hervorragend mitgeholfen hat, die Arbeiterschutzgesetzgebung zu schaffen, sondern auch den Mann, der nach seiner Ministerzeit das Banner des sozialen Fortschritts ebenso flug wie entschieden und erfolgreich allen jenen bürgerlichen Kreisen vorangetragen hat, die sich auf dem Boden der Gesellschaft für Soziale Reform ohne Rücksicht auf ihre Parteistellung zusammengedungen haben. Schon heute lenken wir deshalb die Aufmerksamkeit unserer Mitglieder auf jenen Festtag, den wir mit ganzer Seele mitfeiern wollen.

Freiherr von Berlepsch begann in den 80er Jahren seine Staatslaufbahn als Landrat in Oberschlesien, war später Regierungsrat in Düsseldorf und für kurze Zeit Oberpräsident der Rheinprovinz. Die Umgebung, in die er hier gestellt wurde, war so recht geeignet für einen sozialen, warmfühlenden Menschen, wie er es war, mit den Notden und Beschwerden und den Wünschen der Arbeiterschaft bekannt zu werden. Eine scharfe Beobachtungsgabe, gepaart mit dem ersten Willen, Mißstände zu beseitigen, ließ in ihm die Idee reifen, zu deren Durchführung ihn der junge Kaiser und König Wilhelm II. im Jahre 1890 in das preussische Handelsministerium berief. Am 4. Februar 1890 ergingen die berühmten Arbeitererlasse des Kaisers, von denen der eine die internationale Verständigung über den Arbeiterschutz förderte, der andere den deutschen Arbeitern ein höheres Maß von Schutz für Leben und Gesundheit und die Gleichberechtigung im Arbeitsvertrag mit den Arbeitgebern in Aussicht stellte. Schon im März desselben Jahres fand die bekannte und berühmte deutsche internationale Konferenz der Industriestaaten Europas in Berlin statt. Freiherr von Berlepsch war ihr Vorsitzender. Wenn die Beratungen auch damals nicht zum Abschluß von Verträgen geführt haben, so hat doch die gesamte Sozialpolitik durch diese Konferenz einen starken Anstoß erhalten, der grundlegend war für die sozialen Fortschritte in den meisten Kulturländern.

Am stärksten war die Wirkung in Deutschland. Der in den 80er Jahren geschaffenen Arbeiterversicherung folgte nunmehr die lang geforderte Reform der Arbeiterschutzgesetzgebung. Dem Reichstag wurde im Jahre 1890 eine aus den Händen des Freiherrn von Berlepsch hervorgegangene Neugestaltung der wichtigsten Teile der Gewerbeordnung vorgelegt: Erweiterung und Verschärfung der Sonntagsruhe, Sicherung der Lohnzahlung, Durchführung der Fortbildungsschule, gesundheitlicher und sittlicher Schutz der Arbeiter in den Betrieben, hygienischer Maximalarbeitszeit für Männer, Höchsttarbeitszeit für Frauen, Besserordnung der Arbeit für jugendliche Arbeiter, Verbot gefährlicher Arbeit für Frauen und jugendliche, Verschärfung der Fabrikaufsicht; das war der bedeutsame Inhalt der Reformen dieser Arbeiterschutzgesetzgebung, die mit dem Namen des Freiherrn von Berlepsch ewig verbunden bleiben. Gleichzeitig wurde der bekannte Beirat für Arbeiterstatistik eingesetzt, der für einzelne Gewerbe mit überlangen Arbeitszeiten Gebungen und Schutzvorschlüge machen sollte. Die gegenwärtige Tätigkeit dieses Beirats ist bekannt, wenn er auch leider gegenwärtig nichts mehr von sich hören läßt. Durch ihn wurden untersucht die Verhältnisse im Bädergewerbe, Gastwirtsgeerbe,

Gewerbe der Stellenvermittlung, der Heimarbeit, ganz besonders der Konfektions- und Wäschebranche usw. Gleichzeitig erfolgte die Errichtung von Gewerbegerichten auf Grund der Arbeiterschutzesetze, die für die Erledigung von Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis so ungemein segensreich gewirkt haben und bis heute noch wirken.

Das energische Vorgehen in der Sozialreform durch Freiherrn von Berlepsch weckte jedoch mächtige Gegner gegen diesen sozialistischen Minister und wenn Freiherr von Berlepsch sich nicht dadurch heitern ließ, den eingeschlagenen Weg ruhig und fest weiter ging, so gelang es doch der gegnerischen Strömung unter dem Reichsminister von Hohenhausen, eine Schwärzung im sozialpolitischen Kurs durchzuführen, der vorübergehend zu einem vollständigen Stillstand der Sozialpolitik führte. Noch gelang es von Berlepsch, die Bundesratsverordnung über die Arbeitszeit in Bäckereien durchzuführen, dann nahm er seinen Abschied, nachdem er die Einsicht gewonnen, daß für eine soziale Arbeit in der Regierung kein Platz mehr war.

Minneher aber folgte ein Abschnitt sozialer Tätigkeit des berechneten Jubilars, die ihm ganz besonders zur Ehre und zum Ruhme gereicht. Er zog sich nicht zurück ins Privatleben, sondern stellte sich nunmehr an die Spitze einer Gruppe gleichgesinnter sozial denkender Männer, um mit ihnen gemeinsam die sozialen Ideen aus dem Volke heraus zur Geltung zu bringen. 1896 gründete er mit angesehenen Männern der verschiedensten Parteien und Berufe, wie Hise, Brandts, Schmoller, Koesike, Merton, Geibel, von Kottentzen, Brande u. a. die Zeitschrift: Soziale Praxis, als Organ der bürgerlichen Sozialreform. Kurze Zeit nachher erfolgte die Gründung der Gesellschaft für Soziale Reform, und nach dem verunglückten internationalen Arbeiterschutzbongress in Zürich im Jahre 1897 legte er den Grundstein zu der heutigen Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz, deren Gründung 1900 in Paris vollzogen wurde.

In diesen Gruppen wurde Freiherr von Berlepsch nunmehr der Träger der sozialpolitischen Reformidee. Seine Persönlichkeit steht von nun an im Mittelpunkt aller sozialpolitischen Arbeiten, sowohl auf nationalem wie internationalem Gebiete. Nicht bloß im Rahmen unseres Vaterlandes, sondern weit darüber hinaus genießt er die größte Hochachtung und das herzlichste Vertrauen. Sein Wort galt in allen schwierigen Situationen als entscheidend. Mit bewundernswürdiger Frische, Herzlichkeit und Fähigkeit hat er sich diesen Arbeiten gewidmet und hat die Genugtuung erlebt, daß nicht nur seine Ideen in unserem engeren Vaterlande praktische Gestalt in der Gesetzgebung annahmen, sondern zwei internationale Arbeiterschutzwörter, dem vorausichtlich noch in diesem Jahre ein dritter folgen wird, waren ebenfalls der Erfolg seiner Arbeit. Ganz besonders aber hat Freiherr von Berlepsch die weitgehendsten und herzlichsten Sympathien der christlichen Arbeiterschaft sich errungen. Es war ihm nicht zu gering, trotz seines hohen Alters und seiner angesehenen Lebensstellung in den Versammlungen der christlichen Arbeiter zu sprechen. Zu Tausenden haben unsere Freunde ihm gelauscht und seinen trefflichen Ideen härmischen Beifall gezollt. Er selbst ist ein warmer Freund unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung und hat sich mehr als einmal in der anerkanntesten Weise über unsere Bewegung ausgesprochen. Auf unserem letzten Kongress in Dresden hat er in hochherziger Weise das Referat über das tarifliche Einigungswesen übernommen. Die Schaffung eines Reichseinigungsamtes, um möglichst die Arbeitskämpfe auf friedlichem Wege zu erledigen, ist eine seiner Lieblingsideen, die er gegenwärtig mit besonderer Energie vertritt. Die christliche Arbeiterschaft kämpft mit ihm für dieses Ziel.

Es ist nicht zu viel gesagt, wenn wir in Herrn Freiherrn von Berlepsch eine Persönlichkeit bewundern, die ihren schönsten Lohn findet in hoher Pflichterfüllung und selbstloser Arbeit im Dienste der Arbeiter und Angehörten mit dem Ziele, das harte Los des arbeitenden Volkes zu lindern und ihm den Weg zu einem kraftvollen Aufstieg in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht. Es ist deshalb nicht bloß ein Gebot dankbarer Pflicht, sondern ein Herzensbedürfnis für uns alle, wenn wir dem Freund und Führer der bürgerlichen Sozialreform, dem Meister des internationalen Arbeiterschutzes zu seinem Ehrentage, am 30. März, unsere herzlichste und innigste Dankbarkeit zu erkennen geben. Erst die spätere Geschichte wird ihm den gebührenden Ehrenplatz in der Sozialpolitik unserer Zeit anweisen. Wir aber halten es für unsere Ehrenpflicht,

unserer Dankbarkeit nicht bloß in Worten Ausdruck zu verleihen, sondern mitzuhelfen, die von ihm geschaffenen Werke, ganz besonders die Gesellschaft für Soziale Reform, auf das nachdrücklichste zu unterstützen und zu fördern und ihre Leistungsfähigkeit zu erhöhen. Die christliche Arbeiterschaft wird ihren Opferwillen dadurch beweisen, daß sie sich in umfangreicher Weise daran beteiligt, das Werk Freiherrn von Berlepsch's sicherzustellen. Wir bitten unsere Freunde, die Vorstände unserer Zentralverbände, unsere Beamten, Ortsgruppenvorstände und Vertrauensmänner, wenn demüchsigt der Ruf an sie ergeht, sich an einem Werke zu Ehren Freiherrn von Berlepsch's zu beteiligen, sich dem mit allem Nachdruck und mit der bekannten Opferwilligkeit zu unterziehen, die unsere christliche Arbeiterschaft von jeher ausgezeichnet hat. Der Wahlspruch, den Freiherr von Berlepsch für seine Tätigkeit sich selbst gewählt hat, „Gerechtigkeit allen, den Schwachen Schutz und Hilfe“, soll auch unser Wahlspruch sein, und an uns soll es liegen, unter diesem Wahlspruch die großen Kulturaufgaben der Sozialen Reform immer weiter zur Geltung und Durchführung zu bringen.

### Die Herbsthausagitation in der Ortsverwaltung Duisburg.

Unser Dortmunder Verbandstag hat bekanntlich sämtlichen Ortsgruppen die Pflicht auferlegt, die Hausagitation systematisch durchzuführen und die erzielten Resultate der Zentralleitung mitzuteilen. Eine Anzahl Verwaltungsstellen haben in letzter Zeit bereits im Verbandsorgan über schöne und zur Weiterarbeit ermutigende Erfolge berichtet können. Durch die nachstehende Zusammenstellung wollen auch wir den Kollegen ein Bild geben über die Tätigkeit der unserer Ortsverwaltung angeschlossenen Sektionen auf dem Gebiete der Hausagitation im 4. Quartal 1912.

Zahlstelle	Durchschnittliche Beteiligung der Kollegen an den sonntäglichen Hausbesuchen	Aufgesucht wurden insgesamt	Daran wurden bis Ende des IV. Quartals aufgenommen
Duisburg . . .	13	163	25
Neudorf . . .	4	49	2
Buchholz . . .	5	85	42
Gamborn . . .	8	101	35
Großenbaum . . .	4	53	20
Obermeiderich . . .	5	23	3
Wanheimerort . . .	5	90	24
Weserich . . .	9	141	51
Zaar . . .	8	156	36
Homburg . . .	2	10	3
Beed . . .	10	45	3
Fudingen . . .	3	26	9
Gesamtresultat	76	942	303

Die zur Verwaltungsstelle gehörige Sektion Rheinhausen hat keine Hausagitation gemacht. Und doch hätten gerade die Rheinhauser Kollegen in erster Linie allen Anlaß, alle Kräfte zur Stärkung ihrer Zahlstelle anzuspinnen. Solange sie das unterlassen, brauchen sie sich nicht zu wundern, wenn auf der Friedrich-Wilhelm-Platz so enorme Abzüge gemacht werden können.

Im übrigen hat sich herausgestellt, daß zur erfolgreichen Durchführung der Hausagitation in erster Linie gut sortiertes Adressenmaterial und eine starke Beteiligung der Kollegen gehört. Dort, wo schlechtes Adressenmaterial den Erfolg der Werbearbeit ungünstig beeinflusst, kam bei den Kollegen leider allzuleicht die Begeisterung für die Werbearbeit. Den geringsten Erfolg brachte das Auffuchen der Arbeitervereinsmitglieder. In einer Ortsgruppe wurden z. B. an einem Sonntag 21 Arbeitervereinsmitglieder aufgesucht. Resultat: keine einzige Aufnahme. Begegnungswortig man sich, wie die Leitungen der Arbeitervereine im hiesigen Bezirk mit großer Wärme für die christlichen Gewerkschaften eintreten, dann ist einem der Indifferenzismus so vieler Arbeitervereinsmitglieder unerklärlich. — Sehr günstige Resultate wurden mit dem Adressenmaterial der Jugendvereine erzielt. Damit ist uns für die Frühjahrshausagitation der Weg gewiesen.

Die Gesamtzahl der Neuaufnahmen in unserer Ortsverwaltung betrug im 4. Quartal 1912 429, das ist die höchste Aufnahmesiffer, die wir bisher je in einem Quartal erreichten. Die Auseinandersetzungen über den Charakter

der christlichen Gewerkschaften, die im November ihren Höhepunkt erreichten, konnten uns im Vormarsch nicht aufhalten. Das Gegenteil trat ein. Die Treiber der Berliner hatten den Erfolg, daß selbst viele der Kollegen, die sonst zur Mitarbeit nicht leicht zu bewegen waren, sich bei der Werbearbeit mit in die vordersten Reihen stellten. Selbst Kollegen im Alter von 60 Jahren — es sei nur der Name Anton Lattrich genannt — ließen es sich nicht nehmen, mitzuwirken. Würden wir bei der Sache also nur auf den agitatorischen Effekt sehen, so könnte uns öfter so ein „Gewerkschaftsstreik“ willkommen sein.

Auch die hiesigen Genossen haben zu ihrem Teil redlich zu unseren Erfolgen beigetragen. Wie ein wütender Mops bellt das hiesige Genossenblatt fortwährend die christlichen Gewerkschaften an. Und zur Zeit des Gewerkschaftsstreikes schnappte der rote Mops gar über und er bildete sich allen Ernstes ein, die christlichen Gewerkschaften vom Erdboden weggerent zu haben. Unsere Kollegen haben natürlich für die Verrentungen des roten Blättchens nur ein mittelbüßiges Lächeln — und weil alles, was es schreibt, der so unwahr ist, griffen unsere Kollegen kräftig in die Werbearbeit ein, um auch den roten Nachläufer zu zeigen, wie sie von ihrem „Organ“ fortwährend hinteres Licht geführt werden.

Dießen wir aus dem Gesagten das Fazit, so ergibt sich, daß rührige beharrliche Arbeit unserer Sache immer Erfolge bringt. Neben der Werbearbeit muß aber auch alles daran gesetzt werden, die einmal gewonnenen Mitglieder dem Verbands zu erhalten. Kein Gang darf gefahrt werden, wenn es gilt, einen Wankelmütigen zu festigen. In sämtlichen Zahlstellen müssen jetzt die Vorbereitungen für die Frühjahrshausagitation betrieben werden. Gute Adressen sind zu sammeln und zu ordnen und gleichzeitig möglichst viele geeignete Kollegen zur Mitarbeit zu bewegen. Die letzten Erfahrungen müssen wir uns zunutze machen, die Frühjahrsarbeit wird dann noch größere Erfolge bringen. Darum mit Umsicht und Eiferkraft ans Werk!

### Der Trennbruch des Hirsch-Dunder'schen Gewerbevereins und der Streit bei der Firma William Brym in Stolberg.

Aus Stolberg wird uns geschrieben: Am Mittwoch, den 8. Januar 1913 sind die Arbeiter mehrerer Abteilungen der Firma William Brym in Stolberg in den Ausstand getreten. Im Verlauf dieses Kampfes haben sich nun Dinge abgepielt, die wir unseren Kollegen und einer breiteren Öffentlichkeit nicht vorenthalten können, Dinge die der deutschen Arbeiterschaft zeigen, wie die Hirsch-Dunder'sche Organisation jenen Arbeitern in den Rücken fiel, die sich gegen die Zumutung der Firma, gelb zu werden, zur Wehr setzten.

Seit längerem bemüht sich die Firma Brym in Stolberg, den Arbeitern einen gelben Werkverein aufzuzwingen. Gesetzmäßig der Anstellung einer „Weihnachtsgratifikation“ im Jahre 1911 und 1912 gab sie den Arbeitern den Rat, einen „gelben“ Verein zu gründen. Um die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter gesellig zu machen, sollte die Auszahlung der „Gratifikation“ um Weihnachten 1912 nur an diejenigen Arbeiter erfolgen, die erklärten, keinem Gewerkschaftsverband angehören. Im selben Jahre ist die Firma dabei in scharfer Weise gegen die Arbeiter vorgegangen. In mehreren Fällen wurden Akkordabzüge durchgeführt, den Heimarbeitern z. B. der Akkordlohn für 100 Gros von 1,50 Mark auf 1,00 Mark reduziert. Nach und nach wurden 6 der besten Arbeiter, Mitglieder der gewerkschaftlichen Organisation, gemahregelt, u. a. auch ein Mitglied des Arbeiterauschusses.

Als nun am Dienstag, den 6. Januar, wiederum von der Firma vier Vertrauensmänner der Organisation plötzlich gemahregelt wurden, traten die Arbeiter mehrerer Abteilungen sofort in den Streik. In Betracht kamen 101 Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes, 60 des Hirsch-Dunder'schen Gewerbevereins und 5 des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Wenngleich die Arbeitsniederlegung seitens der Arbeiter aus eigenem Ermessen erfolgt war, so stellten sich die Organisationsleitungen — einschließlich des hiesigen Beamten Hartmann vom Hirsch-Dunder'schen Gewerbeverein — auf die Seite der Arbeiter. Auch die

### Die Aluminothermie.

(Von Dr. Hugo Köhl, Kiel.)

II.

Es erübrigt jetzt noch, daß wir auf den Chemismus des Thermozeuges kurz eingehen, es mag geschehen an der Hand der von Goldschmidt ausgeführten Untersuchungen. Die Zusammensetzung des durch Reduktion von Eisenoxyd mit Aluminium erhaltenen Thermozeuges ist folgende:

Eisen 99,95, Kohlenstoff 0,10, Mangan 0,08, Silicium 0,09, Schwefel 0,03, Phosphor 0,04, Kupfer 0,09, Aluminium 0,07 Prozent. Wir haben es also mit einem weichen Schmiedeeisen besser Qualität zu tun. Da die Entzückung des Thermozeuges bei einer Temperatur von schätzungsweise 3000 Grad Celsius vor sich geht, ist es imstande verhältnismäßig große Mengen kalten Eisens aufzunehmen. 1 Kilogramm Thermozeug schmelzt 1/2 Kilogramm Eisen im feurig flüssigen Zustande aus. Setzt man dem Thermozeug bis zu 50 Prozent kleiner Eisenstücke zu, so wird dieses im Prozeß mitgelöst, die Temperatur des verschmolzenen Eisens ist naturgemäß nicht so hoch als bei reinem Thermozeug, denn einmal hat das zugelegte Eisen sich nicht an der Umkehrung (Fe<sub>2</sub>O<sub>3</sub> + 2 Al = Al<sub>2</sub>O<sub>3</sub> + 2 Fe) beteiligt, sodann wurde Wärme verbraucht zum Schmelzen, diese mußte das eigentliche Thermozeug abgeben. Die Temperatur des Thermozeuges wird durch die Menge des zugelegten Eisenstückes bedingt, die gewöhnliche Zusammensetzung und die mechanischen Eigenschaften bestimmen die Qualität des Zuges, welcher durch die Reaktion nicht beeinflusst wird. Meistens dient als Schrotzusatz Schmiedeeisen, in besonderen Fällen wird Stahl verwendet.

Nachdem wir die Darstellung der Metalle und ihre Behandlung für die Praxis würdigen, wollen wir zunächst ganz kurz die bei dem Verfahren benutzten Geräte kennen lernen, um uns dann der Thermozeugherstellung zuzuwenden. In den aluminothermischen Verfahren gelangen zwei Arten von Tiegeln zur Anwendung, die sogenannten Spezialtiegel und die Abstrichtiegel oder Spitztiegel. Beide Arten bestehen aus Eisenblechhüllen, die mit Magnesit ausgekleidet sind. Magnesit ist kohlensaures Magnesium und kommt in der Natur in dicken Massen vor.

Die Spezialtiegel werden bei der Stumpfschweißung für Rohre, Quadrat und Rundstäbe benutzt, sowie zur Ausbesserung kleiner Fehler in Guß und Schmiedeeisen.

Der Tiegel muß vor dem Gebrauch angewärmt werden. Nach gründlicher Säuberung von Aschenresten, füllt man ihn zur Hälfte mit Thermozeug und füllt dieses an. In dem Maße wie die Masse während des Abbrennens zusammenfällt, füllt man Thermozeug nach, so daß die Oberfläche bleibt. Sobald aller Thermozeug verbraucht ist, gießt man den Tiegelinhalt aus in die Form, wobei zu beachten ist, daß kein Eisen im Tiegel verbleiben darf, um zu verhindern, daß beim nächsten Gebrauch des Tiegels die Temperatur des feuerfestigen Thermozeugs herabgedrückt wird. Die mehr trichterförmig gestalteten Spitztiegel haben im Boden eine Öffnung, in diese wird zunächst der sogenannte Abstrichstift so eingesetzt, daß er das Abstrichplättchen von etwa 1/2 Millimeter Dicke und 50 Millimeter Durchmesser, das mit einem darauf gelegten Eisenblechstück von 3 Millimeter Dicke und 30 Millimeter Durchmesser zum Verschließen der Abstrichöffnung dient, nicht berührt. Das Eisenblechstück ist mittels eines Hammerstieles leicht einzuschlagen. Durch das Unterlegen des Abstrichstieles unter die Eisenplatte wird der unbedingt notwendige sichere Verschluss bewirkt und somit vermieden, daß schon während der Reaktion Thermozeug herabströmt und das Abstrichstück zerbricht. Auch dem Eisenblechstück wird eine 5-10 Millimeter hohe Schicht von grobkörnigem trockenem Magnesit oder gepulverten Tonerde (siehe Thermozeugreaktion) gegeben, der mit einem Hammerstiel fest gedrückt wird. Der so zur Beschickung fertige Tiegel wird mit der erforderlichen Menge Thermozeug gefüllt, diese wird angezündet und der Tiegel dann mit einer Kappe bedeckt. Die Reaktion dauert etwa 10-20 Sekunden, nach weiteren 5-10 Sekunden wird mit der Abstrichöffnung der in die Bodenöffnung eingesetzte Stift in die Höhe gehoben. Die Öffnung wird frei und es fließt zuerst das Eisen, darauf die Schlacke aus. Nach Goldschmidt benutzt man als Abstrichstange am besten ein circa 1,5 Meter langes Gestocher 1/2", an dessen einem Ende eine 4 Millimeter starke 80 mm 150 Millimeter messende Eisenplatte angebracht ist. — Auf alle Einzelheiten der Einrichtung können wir natürlich nicht eingehen, wir erwähnen sie nur insoweit, als sie zum Verständnis unse-

rer Ausführungen erforderlich sind. Bemerkenswert sei noch, daß die Spezialtiegel mit ihrem flüssigen Inhalt genau wie Gießkannen getragen und gekippt werden, während die Spitztiegel unverrückbar fest in einem besonderen Gestell angebracht werden, genau aber dem Einlauf der Form. In einem besonderen Geleise ruht der Tiegel bei größeren Schweißungen, wo die Benutzung eines Dreifußes als Gestell nicht angängig ist.

Nach diesen Erläuterungen gehen wir über zu der zweiten Anwendungsart des Thermozeugs, nämlich derjenigen, welche die hohe Temperatur ausnützt, welche bei der Reduktion durch Aluminiumpulver entsteht. In Kohlenfeuer kann man bekanntlich Schweißungen dadurch bewirken, daß man die zu verschweißenden Enden durch ein Klemmapparat verschraubt aneinander preßt, die Schweißstelle in ein Schmiedefeuer legt und nun dafür sorgt, daß der Klemmapparat selbst kalt bleibt. Es tritt eine automatische Schweißung ein, weil die stark erhitzten Metallenden sich ausdehnen, sich gegeneinander pressen, und somit ohne weiteres Zutun der zur Schweißung erforderliche Druck erzeugt wird. Dieses automatische Schweißverfahren ist nun im großen Maßstabe bei Benutzung eines Schmiedefeuers nicht praktisch verwendbar, weil einerseits ein zu großes Feuer, andererseits ein zu großer Klemmapparat erforderlich wäre, da dieser ja nicht mit erhitzt werden darf. Ganz anders gestaltet sich die Sache, wenn bei Anwendung von Thermozeug, wie wir aus Beispielen aus der Praxis gleich zeigen wollen. Handelt es sich um die Verschweißung zweier Rohrenden, so müssen diese zunächst stumpf abgefeilt und dann mittels eines Klemmapparates aneinander gedrückt werden. Die zu verschweißende Rohrstelle wird dann mit einer Form aus Gußeisen oder Eisenblech umgeben, und in diese das flüssige Thermozeug aus einem Spezialtiegel gegossen. Die Form selbst wird nach außen zum Schutze des Klemmapparates mit feuchtem Sand umgeben. Zur feurig-flüssigen Thermozeug haben wir entsprechend der Reaktion Fe<sub>2</sub>O<sub>3</sub> + Al<sub>2</sub>O<sub>3</sub> = Al<sub>2</sub>O<sub>3</sub> + Fe, zwei Bestandteile nämlich Eisen und Tonerde (Al<sub>2</sub>O<sub>3</sub>) an untereinander beim Eingießen des Thermozeugs in die Form schneidet sich rings um die kalten Stellen der Form und des zu bearbeitenden Werkstückes die Tonerde, auch wohl fälschlich Corund genannt, ab, während sich am Boden der Form das nachfließende

Sympathie der öffentlichen Meinung war durchaus für die Arbeiterschaft, was die Haltung der Tagespresse bewies. Zur Klärung der Sachlage und Rückgängigmachung der Beschlüsse gegen ihre Organisation sandten die Arbeiter am Samstag, den 11. Januar, eine viergliedrige Kommission zur Firma. Die Firma ließ sich auf nichts ein. Die Entlassung der vier Gemeindeführer sei verfügt und dabei bleibe es. Weiter drohte die Firma der Kommission: „Die sich zur Wiederaufnahme der Arbeit melden, werden gefeuert und es wird geprüft, wer von den Gefeuerten wieder eingestellt wird.“

Angesichts dieser Sachlage blieb für die Arbeiterschaft keine andere Wahl, als den aufgezwungenen Kampf weiterzuführen.

**Die Firma rechnete auf Hilfe durch die Hirsch-Dunderschen.**

Schon während der Unterbrechung der Arbeiterkommission mit den Firmenvertretern suchten letztere einen Keil in die Einigkeit der Arbeiter zu treiben. Herr Betriebsführer Tuzhorn meinte zu den beiden Hirsch-Dunderschen Kommissionsmitgliedern: „Glaubt Ihr, die Christlichen würden für euch eintreten?“

Vorgänge bei der vor mehreren Monaten getätigten Stadtratswahl, die mit der Gewerkschaftsbewegung nicht das Mindeste zu tun hatten, führte der Mann ins Feld, um die Hirsch-Dunderschen gegen die Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes mobil zu machen. Gleichzeitig erhielt ein Mitglied des Hirsch-Dunderschen Gewerkschafts von der Firma einen Brief folgenden Inhalts:

„Wie ich erst nachträglich erfahre, sind Sie der einzige, der die Weihnachtsgabe zu nehmen abgelehnt hat, weil Sie Ihre Unterschrift nicht unter eine Unwahrheit haben lassen wollen. Ich achte und ehre das und sende Ihnen zum Beweise anliegend die Ihnen zustehenden Mk. 120.— mit dem ausdrücklichen Bemerken, daß ich absolut nichts dagegen habe, wenn Sie weiter dem Hirsch-Dunderschen Vereine angehören wollen. August Prym.“

Andere Arbeiter, die gleichfalls ihre Unterschrift nicht gegeben hatten, erhielten ein solches Schreiben nicht. Es war offenbar, alles dies geschah, um die Einigkeit unter den Organisationen zu sprengen.

**Und was sagte dazu der Hirsch-Dundersche Führer?**

In einer von den drei beteiligten Organisationen am Sonntag, den 12. Januar, veranstalteten öffentlichen Arbeiter- und Bürgerversammlung redete der Hirsch-Dundersche Beamte Hartmann - Nachen in bombastischen Tönen: „Einig zu sein ist notwendig, die Reihen zu stärken und die moralische Unterstützung der übrigen Arbeiterschaft. Wir können wohl siegen, wenn die Arbeiterschaft es versteht, sich einmal rechtlich zu schlagen.“

Und in einem Flugblatt gegen die Firma Prym redet dieser „Selb“ u. a. folgende Sprache:

„Praxerisch und in der Annahme, die Stolberger Arbeiterschaft sei mit einer Hand voll Silberlinge als Judas zu verkaufen, sucht die Firma Prym in Stolberg, ihre Arbeiter zu entmannen und als Verräter und Halunken zu stempeln. — Sie zahlt jedem 100 Mark, der auf sein gesetzlich gewährtes Vereinigungsrecht verzichtet und somit zum Heloten und Jammerklappen herabstinkt. . . . Kollegen! Die Firma will Euch ins Bodhorn jagen. . . . Auch möge sich die Firma daran erinnern, daß man mit einer freibleibenden und zufriedenen Arbeiterschaft bedeutend weiter kommt, als mit Heloten und unfreien Arbeitern, die nur gezwungen und nur dann ihre Arbeit verrichten, wenn die Antreiber mit der Peitsche dahinter stehen.“

Selbst nach dem Urteil des Bevollmächtigten des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes Fischer-Nachen hat „Hartmann die Arbeiter förmlich in den Streik gehetzt und diejenigen Halunken, Spitzbuben und Verräter genannt, die nicht mitkämpfen würden.“

Für die bei der Bewegung neu eingetretenen Mitglieder des Gewerkschafts erklärte Hartmann das Aufnahmetermin einen Monat früher angeben zu wollen, um so für diese von der Hauptleitung Streikunterstützung ergattern zu können!

**So machte der Hirsch-Dundersche Führer seine Leute zum Kampfe auf — und was kam dann?**

Vor der Verhandlung der Kommission mit der Firma war zwischen den Organisationsvertretern und der Verhand-

lungskommission vereinbart worden, daß am 12. Januar, morgens 1/11 Uhr, eine Sitzung stattfinden sollte, die das Resultat der Verhandlung entgegennehmen und weitere Maßnahmen beraten sollte. Zu dieser Sitzung erschienen die Hirsch-Dunderschen Kommissionsmitglieder und ihr Beamter Hartmann nicht.

Was war vorgegangen?

Das Hirsch-Dundersche Kommissionsmitglied Meuthen ist am Sonntag, den 12. Januar, morgens 11 Uhr, bei dem Abteilungsleiter der Firma Prym, Tuzhorn, gewesen. Dieser Meuthen berichtete in der S.-D. Versammlung am 18. Januar bei Hupfer über seine Unterbrechung:

„Tuzhorn (Betriebsleiter) wies mit Siegesfreude darauf hin, daß sich bereits mehrere Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit gemeldet hätten und erklärt: Den Christlichen soll ein Schlag verfehlt werden, die Hirsch-Dunderschen werden wieder eingestellt. Tuzhorn hat mir gesagt, ich solle dafür sorgen, daß die Hirsch-Dunderschen geschloffen herein kämen. Ich habe darauf gesagt, ob im Falle der Wiederaufnahme der Arbeit durch die Mitglieder des Hirsch-Dunderschen Gewerkschafts für diese die Kontraktstrafe innegehalten würde, worauf Tuzhorn antwortete: Dazu kann ich nichts sagen, aber — Strafe muß sein.“

Am Montag, den 13. Januar, morgens 1/8 Uhr, ist dann Meuthen wiederum bei Tuzhorn gewesen. Hierüber berichtet er in vorgenannter Versammlung:

„Tuzhorn hat es nicht gefallen, daß heute nur einige wenige angefangen haben, im übrigen hält er sich an das, was er gestern gesagt hat.“

Daraufhin ist nun auch der Hirsch-Dundersche Beamte Hartmann in die Wohnung des Betriebsleiters zum Verhandeln gegangen. Ueber das Resultat berichtete er seinen Getreuen:

„Die Druckkopf-Abteilung darf wieder anfangen, die Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes müssen nur (!) durch Unterschrift erklären, daß sie aus dem Verbands austreten wollen, die Hirsch-Dunderschen brauchen das nicht. Die Kontraktstrafe soll eingehalten werden und vielleicht (!) in einigen Monaten wieder zurückgezahlt werden.“

Und das Unglaubliche geschah! Obwohl die Arbeiter gemeinsam in den Kampf getreten waren wegen der Mäßregulierung ihrer Kollegen, die wegen Organisationszugehörigkeit erfolgt war, obwohl die Arbeiter Freigabe des Organisationsrechtes für alle Kollegen verlangten, stimmte die Versammlung der Hirsch-Dunderschen am 13. Januar diesem schmachtvollen Angebot der Firma zu und beschloß, die Arbeit aufzunehmen zu wollen.

In einer gemeinsamen Sitzung am 14. Januar präziserte der Hirsch-Dundersche Führer Hartmann den Standpunkt seiner Organisation zu dem Angebot der Firma mit folgenden Worten:

„Die Zugehörigkeit zum Gewerkschaft ist unseren Mitgliedern freigegeben, für uns ist somit das Organisationsrecht gewährt und damit fällt für uns der Grund zum weiteren Streik weg.“

Am Mittwoch, den 15. Januar, ist dann erneut eine Kommission, bestehend aus 2 Hirsch-Dunderschen, 2 Mitgliedern des christlichen Metallarbeiterverbandes und 1 Mitglied des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes zur Firma gegangen und hat um eine weitere Stellungnahme der Firma ersucht. Die Firmenvertreter sagten zu, die von den Arbeitern vorgelegten Fragen bis Donnerstag, den 16. Januar, nachmittags 4 Uhr, beantworten zu wollen. Diese Antwort haben die Hirsch-Dunderschen nicht einmal mehr abwarten wollen; weitere 24 Stunden im Kampfe zu verharren, war ihnen nicht beizubringen. Am 15. Januar, abends 8 Uhr schon fiel erneut ihr Beschluß, am 16. Januar, morgens die Arbeit aufzunehmen.

„Kollegen! Haltet treu und fest zusammen, gebt Euer Recht nicht her um ein Liniengericht, seid keine Sagen, die beim ersten Schuß laufen gehen, sondern zeigt Euch als Männer, die auch in ernstlichen Stunden zu kämpfen bereit sind!“

So schrieb der Hirsch-Dundersche „Führer“ in seinem Flugblatt gegen die Firma Prym. Und das Verhalten der Hirsch-Dunderschen? Trotzdem man noch Herrn Gieseler von Duisburg hinzuzog, sind die Hirsch-Dunderschen zu Hasen geworden und täglich zusammengebrochen, noch die ehe überhaupt ein „Schuß“ fiel!

**Dieser Unfall der Hirsch-Dunderschen erweist sich als schändlicher Treubruch**

wenn man an die Vereinbarungen denkt, die mit Wirkung vom 15. September 1911 ab zwischen unserem Verbands und dem Hirsch-Dunderschen Gewerkschaftsverein bestehen. Dort heißt es in § 1 wörtlich:

„Im Interesse der Metallarbeiterschaft sollen bei Streiks und Ausperrungen beide Verbände gemeinsam vorgehen; besonders bei der einschlägigen Taktil, bei Begium, Fortsetzung und Beilegung der Kämpfe.“

Ferner soll nach den Vereinbarungen dort, wo die Mitgliederzahl der beiden Verbände sehr ungleich sind, diejenige Organisation das Weisheitsbestimmungsrecht haben, welche die größte Mitgliederzahl aufweist und demnach die größte moralische und finanzielle Verantwortung zu tragen hat. Keiner der beiden Verbände soll dem andern Teil bei Streiks oder Ausperrungen Schwierigkeiten, sei es durch Drängen zum Streik oder bei Ausbruch des Streiks, machen. Weiter wird bestimmt, daß bei Bewegungen eine Verständigung über Umfang und Höhe der ev. Unterstützung nicht bezugsberechtigter Mitglieder herbeigeführt werden soll.

Gegen alle hier angeführten Bestimmungen der Vereinbarungen haben die Hirsch-Dunderschen in der größten Weise verstoßen. Die gemeinsam angenommene Bewegung brachen sie schon nach fünf Tagen einseitig ab und fielen durch Annahme der schändlichen Bedingungen der Firma ihrem meistbeteiligten Vertragskontrahenten offen in den Rücken. Auch die Vereinbarung betr. Unterstützung nichtbezugsberechtigter trat der Hirsch-Dundersche Führer mit Füßen, indem er ankündigte, für alle während der Bewegung dem S.-D.-Gewerkschaftsverein neu Beitretenden werde er das Aufnahmetermin 4 Wochen zurückzuziehen, um für sie von Hauptvorstand direkt Unterstützung erwirken zu können.

Und nicht nur in Stolberg handelte der Hirsch-Dundersche Gewerkschaftsverein so treulos gegen seinen Vertragskontrahenten. In Schalksmühle verbandete er sich mit den Sozialdemokraten und drei Hirsch-Dundersche Führer veranstalteten im Vereine mit drei sozialdemokratischen Führern eine öffentliche Versammlung, um den christlichen Metallarbeiterverband zu bekämpfen. Also in Stolberg lassen die Hirsch-Dunderschen in einem gemeinsam aufgenommenen Kampfe nach fünf Tagen schon die Gefährten im Stich und werten sich dem Unternehmer an den Hals und in Schalksmühle verbandeten sie sich mit den Genossen zum Kampfe gegen unseren Verband.

Angesichts dieser Tatsachen fragen wir unseren Verbandsvorstand: Hat die weitere Aufrechterhaltung von Vereinbarungen mit der Hirsch-Dunderschen Organisation für uns noch irgendwelchen Wert?

Unsere Stolberger Kollegen sind allesamt der Ansicht, daß eine Organisation, die, wie hier die Hirsch-Dundersche, die Arbeiterinteressen den gelben Neigungen einer Firma zuliebe preisgibt, für aufrechte, vorwärtsstrebende Arbeiter nicht mehr als Vertragskontrahent in Frage kommen kann. Die Stolberger Kollegen erwarten aber auch von den Verbandskollegen an allen Orten, daß sie dem Hirsch-Dunderschen Gewerkschaftsverein auf seinen Treubruch in Stolberg die rechte Antwort geben, indem sie der Metallarbeiterschaft zeigen, daß in einer solchen Organisation ihr Platz nicht sein kann.

F. S.

**Vom Industriearbeitsnachweis in Mannheim.**

Fortgesetzt fallen wieder Klagen von arbeitslosen Arbeitern darüber ein, daß einheimische Arbeiter trotz regelmäßiger Meldung beim Industriearbeitsnachweis wochenlang vergebens um Arbeit nachfragen, wohingegen „Fremde“, die jedoch zugewandert sind, auf auffallender Weise in einigen Tagen untergebracht werden. Offenbar liegt das nicht allein am Industriearbeitsnachweis, ansonsten könnte man den Auspruch nicht verstehen, den ein Schalterbeamter dieser Tage machte; indem er sinnig-gemäß sagte: „Das weiß der Hund, die stellen da brauchen bei B. . . Leute ein und wir wissen gar nichts davon.“

Also hätten wir es hier mit einer Situation zu tun, die, soll man keine taktische Nebenbuhlung, hinter der Verkerung des Beamten vermuten, die Begründer und Organisatoren des Industriearbeitsnachweises so quasi vor „Böhmische Dörfer“ stellt. Wir glauben allerdings, in etwa die Öffentlichkeit auf die Spuren und Ursachen hinweisen zu können, welche diese

Eisen ansammelt, ohne mit dem Rohr selbst in direkte Berührung gekommen zu sein. Durch die ungeheure Temperatur wurden die Rohrenden fest miteinander verschweißt, die anhaftende Lonerde löst sich nach dem Erkalten leicht entfernen. Es mag erwähnt werden, daß beim Eingießen des Themit in die Form selbstverständlich zu beachten ist, daß die Lonerde das zu verschweißende Metall fest umhüllen muß, damit das feurig-flüssige Themit, welches sofort mit dem Werkzeilen verschmelzen würde, mit letzterem gar nicht in direkte Berührung kommt. Man erreicht dieses sehr einfach dadurch, daß man den ganzen Ziegelinhalt an ein und derselben Stelle der Form ausgießt, bei kleineren Schweißungen, während man bei umfangreicheren zuerst einen größeren Teil der Oberfläche des Schweißstückes mit der zuerst ausfließenden Lonerde überzieht. Grund ist chemisch wohl dasselbe, nicht aber physikalisch. Grund ist kristallisierte Lonerde und findet sich in der Natur als Gestein. Selbstverständlich löst sich die Schweißung in jeder Lage und an jedem Orte vornehmen, wir haben nur ein einfaches Beispiel gewählt, weil die Vorgänge dann am leichtesten verständlich werden. Die Verbrennungswärme des Aluminium dient einerseits dazu, die lokal stark erhitzten Schweißstellen gegeneinanderzupressen, sobald wird die zur Schweißung erforderliche Temperatur erzeugt.

Die Festigkeit der so verschweißten Röhre ist äußerst groß, es ist experimentell erwiesen, daß sie einen Druck von mehr als 400 Atmosphären aushalten, daß bei Versuchen, die die Schweißstelle zu zerbrechen, die Röhre eher in der Längsrichtung zerplatzt, als in der Querrichtung der Schweißstelle selbst. In kaltem Zustande lassen sich davor verschweißte Röhre an der Schweißstelle in jedem gewünschten Radius umbiegen.

Wir wollen jetzt noch kurz die Verwendung der oben skizzierten Spitzegel betrachten, und zwar im automatischen Verfahren zum Anschweißen größerer Stahlguß-, Gußeisen- und Schmiedestücke.

Die Ausbesserung größerer Eisenstücke kann man in der Weise vornehmen, daß man entweder den abgebrochenen oder schadhafte Teil neu angießt oder die gebrochenen Teile durch einen Umguß aus Themit wieder vereinigt. Die erste

Methode wird man beim Bruch eines Rahmes in einem Zahnrad anwenden, während die Reparatur einer Speiche nach dem zweiten Verfahren zu bewerkstelligen ist.

Aus dem Themit läßt sich das Eisen fast quantitativ und frei von Aluminium abscheiden, wenn man nur einen gewissen Ueberschuß von Eisenoxyd anwendet. Diesem aluminiumhaltigen Eisen kann man schon in statu nascendi alle die Bestandteile hinzufügen, die erforderlich sind, um ihm die Beschaffenheit eines guten Stahles zu verleihen. Wie wir schon erwähnten, gilt dieses nicht nur von der Kohle, man kann auch Metalle und Legierungen als Zusatz in Anwendung bringen. Diese Möglichkeit, Eisen oder Stahl verschiedenartiger Zusammensetzung mit einer Temperatur von etwa 3000 Grad Celsius in beliebiger Menge schnell und einfach herzustellen, führte zu dem Verfahren, fehlerhafte, schadhafte und vor allem auch abgenutzte Stahlcongus- und Schmiedestücke mit diesem hocherhitzten Eisen auszubessern. Das über seinen Schmelzpunkt weit erhitzte Eisen verbindet sich vollkommen mit dem auszubessernden Werkzeilen. Sollen — und das ist der andere Fall — zwei Bruchstücke durch Themit Eisen verschweißt werden, so ist eine Vorbereitung der Schweißstelle erforderlich. Bei kleineren Stücken genügt eine sorgfältige Reinigung der Umgebung des Bruches, bei größeren muß der Bruch selbst erweitert werden, je nach der Größe der Bruchfläche um 15—80 Millimeter. Diese Erweiterung des Bruches hat den Zweck, Raum für einen sogenannten Zwischenguß zu schaffen. Das Themit Eisen soll nicht nur einen Wulst oder eine Laste um den Bruch bilden, sondern auch die Bruchflächen miteinander verschweißen.

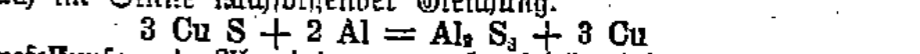
In Knaben Rügen haben wir ein Bild entworfen von Aluminothermie unter Berücksichtigung der Praxis. Es erübrigt sich jetzt noch, darauf hinzuweisen, daß die großartigsten Schweißungen mit Themit ausgeführt sind. So wurde, um einige Beispiele aus der Schiffsbaukunst zunächst anzuführen, der gebrochene Hinterkasten des holländischen Dampfer „Dofzee“ mit Themit Eisen ausgebessert und geschweißt, desgleichen der gebrochene Hinterkasten des australischen Dampfers „Rakon“. Verschweißt wurde ferner die Wellenboje vom Dampfer „Friedrich der Große“, der Ruderquadrant der „Alyria“. Näheres findet sich in der Broschüre: „Große Schweißungen: mittels Themit bei Reparaturen im Schiffsbau.“

bau. Th. Goldschmidt, Essen-Ruhr. Zum Schluß sei die Schienenverbindung kurz erwähnt, weil sie ein Beispiel dafür bietet, daß auch größere Eisenmassen sich durch Stumpfschweißen miteinander verbinden lassen. In Betracht kommt das Verfahren hauptsächlich für Straßenbahnen. Die Lasteinverbindungen, auch die kräftigsten, sind nicht imstande, die Schienenenden dauernd so fest miteinander zu verbinden, daß nicht mit der Zeit ein Lösen der Schrauben eintritt, wodurch ein Lockerwerden des ganzen Stößes hervorgerufen wird, ein Uebel, das mit der Zeit immer größer wird. Infolgedessen beginnen die Wagen am Schienenkopf zu schlagen und führen somit eine besonders starke Abnutzung dieser Stellen herbei. Um dem Lockerwerden der Lastein entgegenzuwirken, muß in gewissen Zeiträumen ein Anziehen der Schrauben stattfinden, ein Unterschieben des Stößes und schließlich eine teilweise Erneuerung der Lastein und des dazu gehörigen Kleinschienenzeuges.

Diese Uebelstände lassen sich durch Themiterschweißung, die genau in derselben Weise wie eine Rohrschweißung ausgeführt wird, beseitigen.

Interessant endlich ist auch das Ent härten von Ranzersplatten nach dem aluminothermischen Verfahren. Es beruht darauf, daß auf die zu enthärtende Stelle eine gewisse Menge flüssigen Themits aufgegossen wird. Unter der enormen lokalen Hitzeentwicklung und der darauf folgenden langsamen Abkühlung wird ein granuliertes Ent härten bedingt, was erforderlich ist, wenn man Löcher in die Platte einbohren muß.

Wir dürfen das für die Technik so bedeutsame Gebiet der Aluminothermie nicht verlassen, ohne darauf hingewiesen zu haben, daß sich auch Sulfide anstatt der Oxide verwenden lassen, weil auch sie durch Aluminium, unter Entwicklung gewaltiger Wärmemengen reduziert werden. Die Reaktion verläuft dann, z. B. unter Anwendung von Schwefelkupfer, einfach im Sinne nachfolgender Gleichung:



Schwefelkupfer + Aluminium = Schwefelaluminium + Kupfer. Obwohl dieses Verfahren in manchen Fällen vorteilhafter ist, als das auf Oxidreduktion sich gründende, weil das Aluminiumsulfid sich vom Metalle gut trennt und leicht schmilzt, so hat es in der Praxis doch nicht dieselbe Wichtigkeit erlangt.

Zustände herbeiführen. Daß hierbei auch sehr bräutig die demoralisierende Wirkung des Unternehmerarbeitsnachweises zu Tage tritt, ist erklärlich. Wie anders soll man es sich erklären, daß gewisse Meister ausgesprochenenmaßen Leute nach dem Grundsatze einstellen, das wolkliche Bewusstsein ist die Hauptsache, Zeugnisse und Qualifikation dagegen Nebensache? Noch schöner aber mutet es einem an, wenn man erfährt, daß bei der Firma B... gewisse Meister sozialdemokratische Vertrauensleute darum angehen, innerhalb einer bestimmten Zeit so und so viele Leute herbeizufassen, und dann, wenn zufällig widersprechende Industriearbeitsnachweise all-dings auch nicht- sozialdemokratische Arbeiter zu besagtem Zwecke gesandt werden, nur jene von dem Meister eingestellt werden, welche die Parole, „Sind Sie der Bruder“ verstanden. Offenbar war es dem Beamten am Schalter des Arbeitsnachweises darob auch zu bumm, daß Leute eingestellt wurden, „von denen man nichts wußte“, darum schickte er einen, dem er schon einmal einen Schein gegeben, nochmals hin. Doch die Rechnung war vom Industriearbeitsnachweis ohne den betreffenden Meister gemacht, der dem abermals kommenden Manne, als er seiner ansichtig wurde, ins Gesicht schleuberte: „Ich hab's Ihnen doch damals gesagt, daß ich Sie nicht gebrauchen kann“.

Wir haben Grund, anzunehmen, daß es sich hier um eine Klientelwirtschaft handelt, die weder in der Absicht der Industriellen, noch im Interesse der Arbeiter liegt. Daß dies nicht anders sein kann, geht daraus hervor, daß der betreffende Meister bei der ersten Vorstellung den besagten Arbeiter erst dann darum befragte, ob er selbständig arbeiten könne, als derselbe die oben angegebene „Parole“ nicht verstand, später aber und zwischen der ersten und wiederholten Vorstellung Leute einstellte, deren Qualifikation offensichtlich nicht der des Zurückgewiesenen entsprach, die zum mindesten viel weniger selbständig zu arbeiten vermögen als dieser.

Hier wäre u. G. sowohl seitens der Leitung des Industriearbeitsnachweises wie seitens der Firma eine Untersuchung schon im allgemeinen Interesse geboten, zumal solche Klientelbildungen auch zu anderen Dingen führen, die für einen Betrieb nie von Vorteil sein können. Wir brauchen nur auf die Tatsache hinzuweisen, daß es bei besagter Firma Leute gibt, die, wie man uns glaubhaft versichert, nur so gute Arbeit zugewiesen bekommen, daß sie über massenhafte „freie Zeit“ zur Betreibung sozialdemokratischer Agitation im Betriebe mit Wissen, oder doch mit der dazu gehörenden Nachsicht der betreffenden Meister verfügen. Andere Arbeiter dagegen werden in rücksichtsloser Weise angetrieben. Kein Wunder, wenn sich die Klagen der nichtsozialdemokratischen Arbeiter über wachsenden Terror und zunehmende Schikanen innerhalb des betreffenden Betriebes in geradezu erschreckender Weise häufen. Dazu kommt, daß diese Schikanen und Drangsalierungen solcher Art sind, daß man nur in wenigen Fällen die Arbeitstage lassen kann. Sie haben eben Zeit und Muße, die richtigen Augenblicke zu bemerken, um ihr unfauberes Handwerk auszuüben. —

Somit unser Berichtslatter. Auch wir sind der Ansicht, daß die hier geschilderten Zustände in der Tat unumwundene und unhaltbare sind und bringen einer Abänderung bedürfen. Unsere Kollegen aber mögen überall dort, wo es noch Zeit ist, durch eine umfassende und systematische Arbeit zur Stärkung unseres Verbandes dafür sorgen, daß eine solche rote Klientel- und Willkürherrschaft, unter der alle andersgesinnten Arbeiter heute in roten Domänen zu leiden haben, nicht weiter aufkommen kann.

**Wo sitzen die „Trottel“?**

**oder der „wohlinformierte“ Bezirksleiter Genosse Spiegel.**

Von einem Kollegen wird uns geschrieben: „Sawohl, direkt korruptierend war das Verhalten des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in Mendern. Beweis: 1. Die Massenkampforaganisation läßt in Mendern ihre Flugblätter durch einen Arbeitswilligen verteilen. Die Unnaht liegt nahe, daß der „Sinegardia“ Mitglied des roten Verbandes ist, das umso mehr, weil der Arbeitswillige andauernd von den Genossen in Schutz genommen wird. 2. Es ist gerichtlich festgestellt, daß die Beamten des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes vor der Arbeits-einstellung bei Schmöle u. Co. erklärten: „Dann werden wir unsere Mitglieder anweisen, Streikarbeit zu verrichten.“

3. Als ein Teil der Mendener Ausgesperrten in andere Orte abreißen und dort Arbeit annehmen um den hartnäckigen Widerstand der Unternehmer zu brechen, schrien die „Brüder“ vom roten Deutschen durch die sozialdemokratische Presse in alle Welt: Achtung, Unternehmer! Mendener kommen, schmeißt sie raus, sonst kriechelt Euch der Arbeitgeberverband. Also eine richtige Hejrago gegen Kampfbende, ausgesperrte Arbeiter. Welchem ehrlichen Menschen steigt der Ekel nicht zum Hals heraus ob solch unmöglich terroristischer Kampfmethode.

Das verräterische Treiben der Sozialdemokratie wurde in der Öffentlichkeit nach Ertich und Faden gebührend markiert. Die applizierten Abreibungen haben vorzüglich gewirkt. Um deren Einbrüche abzuschwächen fuhr Karl Spiegel, Reichstagsabgeordneter und Bezirksleiter des soz. Metallarbeiterverbandes gen Stuttgart, suchte dort in öffentlicher Versammlung die Herolauer Sumpfniederungen seines Verbandes zu überkleinern, indem er seiner Gemeinde allerhand erschreckliche Moritäten anband, die die „Christen“ im Rheinland verbrochen haben sollen. Unsere rheinisch-westfälischen Kollegen können sich die Pose denken, wie gebogen sich Karl fühlte, als er vor den Feuerbachern am Sonntag, den 12. Januar seine im Reichstag nicht gehaltene Jangferrede gegen die „höhen Christen“ los wurde. Allerdings originell muß es nicht gewesen sein, wie aus der „Reichspost“ zu ersehen ist. Abgetönt war sein Spech nach der von Heinrich Müller fabrizierten Walze: „Man muß die Masse freischeln und die Führer vor den Bauch treten.“ Zwischenwuch redete Karl von Reichstagsrat und Enghelika, Abhnte vom christlichen Terror im Rheinland, und — man staune — prophezeite dann das Ende der christlichen Gewerkschaften. (Au.) Solche brotessenden Propheten gibt es auch, nur gelten sie nichts in ihrem Lande. Daß sich Genosse Spiegel bei dieser „Gastrolle“ in die „jährlsten Widersprüche verwickelte“, ist der „Reichspost“ (Nr. 11/1913) aus Wort zu glauben. Daß ist man einmal so bei ihm, man kennt ihn nicht anders. Auf der 8. Generalversammlung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes (München) erklärte nämlich der Delegierte Reine (Lokalbeamter dieses Verbandes in Köln, welches im Bezirk des Bezirksleiters Spiegel liegt):

„Wenn die Bezirksleiter des soz. Metallarbeiterverbandes (Red.) längere Zeit auf ihrem Posten sind, sind sie in bezug auf Wahrheitsliebe am Ende angelangt.“ (Protokoll S. 75).

Und im Urteil des Landgerichtes Elberfeld im Prozeß Ein contra Deutscher Metallarbeiterverband\*) heißt es:

„Deshalb ist auch der Zeuge Spiegel nicht als glaubwürdig anzusehen.“

Nach Feststellung dieser historischen Tatsachen könnten wir die Feuerbacher Gastrolle des Genossen Spiegel auf sich beruhen lassen. Trotz aller Wohlgerüche Arabiens geht man an solch ähblem Spiegelbild am besten mit zugehaltener Nase vorbei. (Mafzeit.)

Doch im Bericht der „Schwäbischen Tagwacht“ befindet sich eine Stelle aus dem Schlußwort Spiegels, die einer näheren Beleuchtung bedarf. In der Stuttgarter „Benefiz-Vorstellung“ hat einer unserer Kollegen das rote Verleumdungsgewühl über christlichen Streikbruch energisch zurückgewiesen und erklärt, daß unser Verband nichts von einem Streik in Ludwigsburg gewußt habe. Das Streikbruchgewühl habe nur den Zweck unsere Organisation herunterzureißen. Worauf denn der sozialdemokratische Abgeordnete Genosse Spiegel folgendermaßen loslegte: „In seinem Schlußwort ging der Referent Spiegel auf die Äußerungen des christlichen Vorsitzenden von Feuerbach ein. Wenn es wahr sei, das Gengler vom Streik in Ludwigsburg nichts gewußt habe, dann sei das das erbärmlichste Zeugnis, daß er sich selbst ausgestellt habe. Wenn ein Bezirksleiter nicht wisse, was in seinem Bezirk sich abspielt, so sei das kein Arbeiterführer, sondern ein Trottel.“ („Schwäbische Tagwacht“ Nr. 10/1913.)

Nanu, bisher hat sich keiner unserer Kollegen ein Bein ausgerissen, wegen einer gewissen Frühstücksgechichte die in Samburg spielte. Und wenn sich Stakst mit Westmeyer und anderen verholzte, dann ist von uns bezwungen auch noch keiner in Ohnmacht gefallen. Wenn sich Karl Spiegel aber hinstellt und solche Töne redet, dann sollte man glauben, daß er ein geschworener Feind von Trotteln ist, und sein Bezirk in dieser Beziehung in eitel Milch und Honig schwimmt. Daß dem nicht so ist, sondern auch im Bezirk Rheinland-Westfalen des soz. Verbandes Hausen von Tred liegen, ist schon in der vorigen Nummer unseres Verbandes nachgewiesen worden.

Also, wohlunterrichteter Bezirksleiter Spiegel, wie kommt es eigentlich, daß die nachstehenden schweren Vorwürfe des „Stahlmarenarbeiter“ (Nr. 22/1911) gegen den deutschen Metallarbeiterverband und seinen Rheinisch-Westfälischen Bezirksleiter nicht entkräftet worden sind. Das genannte Drama des sozialdemokratischen Industriearbeiterverbandes in Solingen schied damals:

„Wir („Der Stahlmarenarbeiter“, d. Red.) sagten schon Spiegel ist der nächste Vorgesetzte des Solinger Metallarbeiterführers. Ihm können deshalb auch die vielen Streikbrüche, welche nachher der Deutsche Metallarbeiterverband in Solingen auf sein Gewissen genommen hat, nicht unbekannt geblieben sein.“

Da ist z. B. der Saarmaschinenarbeiterstreik bei der Firma Boos, Brüdenstraße, im Jahre 1908, welcher verloren ging, weil der Metallarbeiterverband seine Mitglieder stehen und obendrein seine Arbeitslosen Streikarbeit verrichtete sich.

1908 mußte auch die „Arbeiterstimme“ herhalten, zum Streikbruch für die Firma Hammesfahr-Boose aufzufordern. Die Prekominmission der sozialdemokratischen „Arbeiterstimme“ sah sich genötigt, eine dieserhalb geführte Beschwerde des Industriearbeiterverbandes als berechtigt anzuerkennen. Bis zum heutigen Tage noch hat der Deutsche Metallarbeiterverband seinen Streikbruch bei der Firma Hammesfahr fortgesetzt.

Streikbruch verübte der (soz.) Metallarbeiterverband 1910 bei der Firma Dinger, Streikbruch bei der Firma Kaur; Streikbruch verübte er bei der Firma Meyersberg, Kirjbaum u. Co.

Die Bereitwilligkeit zum Streikbruch erklärte er im Kampje bei der Firma Carl Kaiser u. Co. Der jüngste Streikbruch des (soz.) Metallarbeiterverbandes ist der bei der Firma Paul Plücker, den er sich nicht gesäumt hat, durch Injemat in der „Bergischen Arbeiterstimme“ vom 21. August selbst kundzugeben.

Ich erlaube mir gegenüber diesen Keulenschlägen, welche dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband und seinem Bezirksleiter vom „Stahlmarenarbeiter“ versetzt werden die Frage: Wo stehen da die Trottel, Arbeiterverräter und Streikbrecher? Himmelschreiend ist es, daß dergleichen gekennzeichnete Gesellen sich hinstellen und ihre eigenen Schandtatn christlichen Arbeiterführern anhängen möchten. Wahrscheinlich, etwas freches gibt's nicht mehr auf der ganzen Welt.

Noch noch eins: Wo waren eigentlich die „wohlinformierten“ Bezirksleiter des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes beim Streik der Mieter und Stammer in Wildau bei Berlin. Dort streikten, wie im Organ des sozialdemokratischen Wiesenstahlarbeiterverbandes (Nr. 1/1913) berichtet wird, die Mitglieder des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes. Der Streik wurde gebrochen von zureichenden Mitgliedern desselben Verbandes aus Gledwiz und Kattowiz. Wörtlich heißt es dann in dem genannten Blatte:

„Auf Anraten der Streikposten, nach Kenntnis der Sachlage die Arbeit nunmehr wieder niederzulegen, weigerten sie sich mit der Motivierung: „Die streikenden Kollegen mögen sich mit der Ortsverwaltung Berlin des D. M.-B. auseinandersetzen, welche ja den Bezug der in Frage kommenden organisierten Streikbrecher verschuldet hatte, warum die „intelligenten“ Berliner Beamten nicht in der Lage waren, organisierten Verrat zu verhindern.“

Da nun nach der Definition Spiegels es nur Trottel oder Arbeiterverräter geben, mögen sich seine Berliner Genossen das ihnen Zwangende selbst heraussuchen.

Zum Schluß möchte ich noch einen Vorgang der Vergeßlichkeit entzünden, der den „wohlinformierten“ Bezirksleiter Spiegel bangenlich beleuchtet. Im Prozeß unseres Kollegen Leubke, gegen den Reaktor Ostamp von der „Eigener Arbeiterzeitung“ hatte Ostamp den Genossen Spiegel als Zeugen laden lassen. Der Prozeß war eine Folge der Bielefelder Schandtatn des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes im Jahre 1907.

Spiegel sollte über die Vorgänge in Bielefeld, insbesondere jedoch über die Gründe, die den damaligen „Streik“ verursachten, anzufagen.

Genosse Spiegel trat nach Ablegung des Zeugeneides selbstbewußt mit einem großen Redefußball auf und wollte sich als Begünstiger der christlichen Gewerkschaften ausbilden. Der Vorsitzende verbat sich das derartig entschieden, daß Karl Spiegel

einfach Platz war. Der Vorsitzende fragte ihm alsdann nach den Ursachen des „Streiks“ in Bielefeld, die er doch in seiner Eigenschaft als Bezirksleiter genau kennen müsse. Spiegel antwortete, daß ihm Bielefeld nicht aus dem Kopfe bekannt seien, er hätte nicht gewußt, daß er hierauf antworten solle und hätte seine Akten nicht bei sich. Zugleich wies er auf die örtliche Zeitung in Bielefeld hin, die hierüber aussagen könne.

Der Vorsitzende meinte zu Ostamp geendet, was er denn mit diesem Zeugen wollte, der seine Akten zu Hause lasse und als Leiter eines großen Bezirkes keine Antwort geben könne auf eine Sache die zweifellos die breiteste Öffentlichkeit beschäftigt habe.

Spiegel verschwand von der Bildfläche, nach Art hinausgeworfener Handlungsformis auf der Gerichtsstreppe schnodderige Bemerkungen machend. Damit war seine Essener Gastrolle beendet.

Der mit eiserner Stirn von Trotteln redende Spiegel gibt also für seine Juristen ein wunderbares Konterfei ab. Aus dieser „Wohlinformiertheit“ der Bezirksleiter des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes können unsere Kollegen zum so und sovielten Mal ersehen, was von den hohlen Titeln der Genossen zu halten ist. Die beste Antwort auf das unerhörte, arbeiterschädigende Treiben ist unermüdliche Aufklärungsarbeit unter den inbiffernten Arbeitskollegen. Ep.

**Allgemeine Rundschau.**

**Was man vom Geschehni der Sozialdemokraten über angeblichen „christlichen Streikbruch“ zu halten hat**

zeigt wieder ein Vorgang, der sich zur Zeit bei der Firma Vofß, Verbafabrik in Hannover-Sarstedt abspielt. Die Firma hat Ende Dezember 2 Arbeiter aus der Stanzerei wegen betrügerischer Manipulationen ohne Kündigung entlassen. Es wurde festgestellt, daß die beiden mehr Affordarkeit angeschrieben, als sie in Wirklichkeit geleistet hatten.

Darauf haben die übrigen in der Stanzerei beschäftigten Arbeiter am 4. Januar ohne Angabe von Gründen ihre Kündigung eingereicht. Die Firma hat dann die an den Stanzmaschinen beschäftigten Leute, die gekündigt hatten, an andere Arbeit gestellt, um, wie sie angibt, Beschädigungen der Maschinen zu verhindern. Der Betrieb wurde mit anderen Leuten besetzt. Ein Klempner versuchte diese dann zu veranlassen, die Arbeit ebenfalls niederzulegen; er wurde deshalb entlassen. In einer am 10. Januar abgehaltenen Versammlung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes wurde beschlossen, am 11. Januar die Kündigung einzureichen. Diesem Beschluß haben 145 Arbeiter Folge geleistet, sodaß insgesamt rund 190 Arbeiter demnächst in den Streik treten werden.

Die unserem Verbands angehörigen Kollegen befaßten sich in einer Versammlung am Samstag den 11. Januar ebenfalls eingehend mit der Angelegenheit. Weil der ganze Sachverhalt keinen Streik rechtfertigt, beschlossen sie, nicht in den Streik einzutreten. Man war allgemein der Ansicht, daß auch die sozialdemokratische Verbandsleitung einem so ungerechtfertigten Streik die Genehmigung verweigern werde; über ist das nicht geschehen. Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband scheute sich vielmehr nicht, einen Streik zu inszenieren, weil zwei seiner Mitglieder wegen offenkundiger Unredlichkeiten entlassen worden sind.

Es ist selbstverständlich, daß unsere Kollegen sich nicht dazu hergeben können, eine solche ungerechtfertigte Bewegung mitzumachen. Unsere Mitglieder allerwärts wissen also jetzt woran sie sind, wenn die rote Presse oder die sozialdemokratischen Schreiber wieder von „Streikbruch und Arbeiterverrat der Christlichen“ fabeln sollten. Es ist überhaupt eine eigenartige Gesellschaft, die Leute vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband! In Feuerbach und Hilben werfen diese Helben die Broden hin, um christlich organisierte Arbeitskollegen aus den Betrieben zu zerpressen, in Hannover-Sarstedt streiken sie, weil zwei der übrigen wegen Unredlichkeiten entlassen wurden — und in allen diesen Fällen verlangen sie von christlich organisierten Arbeitern blinde- eroebene Solidarität! Kann ein denkender Mensch eine solche Gesellschaft noch ernst nehmen?

**Erzbischof Dr. v. Bettinger und die christlichen Gewerkschaften.**

Bei der Neujahrfeier des kath. Centralgewerkschaftsvereins Münchens wies der Präses darauf hin, daß von den über 800 Mitgliedern 630 den christlichen Gewerkschaften angehörten. Der anwesende, zum Ehrenmitglied des Vereins ernannte Erzbischof Dr. v. Bettinger führte darauf in einer kurzen Ansprache u. a. folgendes aus:

Es hat mich gefreut, daß über 600 Vereinsmitglieder den christlichen Gewerkschaften angehören. Nach den Darlegungen des hochwürdigsten Herrn Präses hat sich dieses aus der Lage der Autorität der katholischen Kirche, die Zugehörigkeit der katholischen Arbeiter zu den christlichen Gewerkschaften ausdrücklich gebilligt, wünsche ich von ganzem Herzen, daß dieselben in immer kräftiger sich entwickeln und die sorgsamste Pflege erfahren mögen. Mögen dieselben im rechten Geiste ihr Programm zur Durchführung bringen, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter zum Wohle der Gesamtheit zu heben. Mögen sie aber auch dem Gewerksverein die alte Treue bewahren und sich dessen Segnungen zunutze machen.“

**Zur Hehe gegen den Gewerksverein christlicher Bergarbeiter.**

Der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter hat durch sein entschiedenes Vorgehen im Saarrevier einen schönen Erfolg errungen. Erreicht hat er zunächst vor Ablauf der Kündigung die bindende Zusage einer weiteren Lohnerhöhung, ferner die rechtsverbindliche Auslegung der neuen Arbeitsordnung, wonach Verschlechterungen ausgeschlossen und weiter das Verschärfen einer Einschränkung der Strafe der Ablegung. Nachdem diese Zusage am 28. Dezember in bindender Form seitens der Bergverwaltung gegeben, beschloß die Konferenz der Saarbergleute den Waffenstillstand.

Trotzdem nun der erste Beamte des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes an der Saar, Getrich, zugegeben hat: „Unter den veränderten Verhältnissen wäre durch einen Streik nichts mehr herausgekommen... Der Streik wäre völlig kaput gegangen“, schimpft und heßt die Sozialdemokratie mit Einschluß der Leute vom S.-D.-Bergmannsvereinein — gegen den christlichen Gewerksverein, weil er es im Saarrevier nicht zum Streik kommen ließ. Zur gebührenden Wertung der roten Hehe beachte man das folgende: Ende 1912 hatte der sozialdemokratische Bergarbeiterverband unter den Bergarbeitern Niederrheinens eine Bewegung, die ohne Streik beendet

\*) Der deutscher Metallarbeiterverband contra Ein vor der Berufungsinstanz, Solingen 1908.

# Kollegen!

## Die Aussperrung in Wenden dauert weiter an; ein Ende ist noch nicht abzusehen. Die Sozialdemokratie sucht durch einen systematischen Verleumdungsfeldzug die Position der Wendenen Kollegen zu erschweren. Tun wir daher unsere Pflicht. Vergesse keiner den regelmäßigen Extrabeitrag für die kämpfenden Arbeitsbrüder in Wenden.

wurde, ob schon der Erfolg ein verschwindend geringer war. Damals suchte die rote Presse den sozialdemokratischen Verband mit groben Unwahrheiten herauszubauen und die empörten Vergelente zu beruhigen.

Der sozialdemokratische Verband ist schon seit über zwanzig Jahren in Niederschlesien eingeführt und zählt einen großen Prozentfuß der dortigen Belegschaft zu seinen Mitgliedern. Erst im Jahre 1904/05 erfolgte die Einführung des Gewerkevereins christlicher Bergarbeiter im Saargebiet. Nur der geringere Teil der Belegschaften fand den Weg zur Organisation. Und was erreichten die beiden Organisationen in den letzten Jahren in den genannten Revieren? Folgende Nebeneinanderstellung der Durchschnittslöhne der Gesamtbelegschaften zeigt es:

**Im Niederschlesien, wo der sozialdemokratische Verband dominiert und einen großen Prozentfuß der Belegschaft zu Mitgliedern hat, betrug der Durchschnittslohn der Gesamtbelegschaft pro Schicht:**

im Jahre 1909	3.23 M.
" " 1910	3.28 "
" " 1911	3.30 "
1. Vierteljahr 1912	3.36 "
2. " " 1912	3.40 "
3. " " 1912	3.43 "

**Im Saargebiet, wo der Gewerkeverein christlicher Bergarbeiter nur einen geringen Prozentfuß der Arbeiter gewonnen hat, betrug der Durchschnittslohn der Gesamtbelegschaft pro Schicht:**

im Jahre 1909	3.96 M.
" " 1910	3.97 "
" " 1911	4.06 "
1. Vierteljahr 1912	4.17 "
2. " " 1912	4.21 "
3. " " 1912	4.21 "
Oktober 1912	4.31 "
November 1912	4.35 "

Eine weitere Lohnerhöhung ist bindend zugesagt.

Im Saarrevier wird jetzt von der Sozialdemokratie zum Streik geholt, in Niederschlesien sucht sie die Belegschaften zu beruhigen, und zwar sogar mit offensichtlich groben Unwahrheiten. Die Nr. 294 der sozialdemokratischen „Schlesischen Bergwacht“ vom 17. Dezember 1912 bringt z. B. einen „Ausruf der Bezirksleitung des Bergarbeiterverbandes, Bezirk Niederschlesien“, der von der Beendigung der Bewegung in Niederschlesien Mitteilung macht und vor weiteren Abwanderungen nach dem Ruhrgebiet warnt. In dem Ausruf wird behauptet, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Ruhrgebiet seien auch sehr verschlechtert und nur „um ein Geringes“ besser wie auf den niederschlesischen Gruben. Und wie ist es in Wirklichkeit? Einige Angaben über die Löhne zeigen es. Nach der amtlichen Lohnstatistik betragen im dritten Vierteljahr 1912 die Durchschnittslöhne pro Schicht:

der Saarer	im Ruhrgebiet	in Niederschlesien	im Ruhrgebiet mehr
aller Arbeiter	6,12 M.	5,69 M.	2,43 M.
	5,10 "	3,43 "	1,67 "

Ein solch gewaltiger Unterschied von 2,43 und 1,67 M. pro Schicht ist den Genossen nur „ein Geringes“, wenn es gilt, ihre Schächten zu beruhigen. Gleichzeitig aber heben sie gegen den Gewerkeverein, weil dieser bei viel größeren Erfolgen auf friedlichem Wege im Saarrevier nicht sofort streiken will.

### Wieder ein Kampf ums Koalitionsrecht.

Es gibt leider noch immer Arbeitgeber, die den unhaltbaren Standpunkt vertreten, daß sie mit einer gewerkschaftlichen Organisation nicht verhandeln könnten, wenn es sich um die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen handelt. Wenn man noch dazu erfahren muß, daß ein Gebetsbuchfabrikant es ablehnt, die christliche Organisation als berufene Vertreterin der Arbeiter anzuerkennen, dann ist das doppelt bedauerlich. Herr Gebetsbuchfabrikant J. Thum in Revelar vertritt diesen unhaltbaren Standpunkt. Arbeiter seines Betriebes die sich dem Gruppischen Zentralverband angeschlossen, unterzog er einem peinlichen Gehör und Andigte ihnen bald darauf unter allerlei halbflohen Vorwänden. Mit der Organisation will er niemals über Lohnfragen verhandeln. Die Löhne sind in Revelar bedeutend niedriger, als an anderen Orten. Lohnforderungen sind bisher seitens der Organisation nicht gestellt worden. Da Herr Thum eventuellen Arbeitswilligen 10 Prozent mehr Lohn bietet, als seinen bisherigen Arbeitern, gibt er selbst zu, daß die Löhne bisher in Revelar zu niedrig waren. Die dortigen Arbeiter haben also guten Grund, sich zu organisieren. Herr Thum meint, nur in der Großstadt sei die christliche Organisation angebracht, damit die Sozialdemokratie durch sie bekämpft werde! Diese Auffassung ist recht sonderbar.

Der Gebetsbuchfabrikant würde besser tun, wenn er diejenige Gewerkschaftsrichtung anerkennen würde, die von der christlichen Bevölkerung in ihrer überwiegenden Mehrheit als die für christliche Arbeiter geeignete betrachtet wird. Jedenfalls steht es einem Fabrikanten von Gebetsbüchern schlecht an, christliche Arbeiter deswegen in den Streik zu zwingen, weil sie sich den christlichen Gewerkschaften anschließen. 36 Arbeiter seines Betriebes, die mit der Entlassung ihrer ebenfalls christlich organisierten 4 Gesinnungsgenossen nicht einverstanden sind, traten am 16. Januar in den Streik, nachdem alle denkbaren Versuche zu einer friedlichen Verständigung nicht geführt haben. Sie müssen sich das Koalitionsrecht noch erkämpfen. Wir wünschen den christlich organisierten Kollegen in Revelar einen vollen Erfolg.

### Aus der Praxis der Sozialdemokratie.

Für die sozialdemokratische Praxis stellte August Bebel bekanntlich einst den Grundsatz auf: „Die Hauptsache ist nicht, daß wir dies oder jenes erreichen, sondern daß wir Forderungen stellen, die keine andere Partei stellen kann.“ Konsequenz hat die Sozialdemokratie auch bislang überall dort diesen Grundsatz verfolgt, wo sie in der Minderheit und daher das weitgehendste Forderung für sie ungefährlich war. — Aber es kann auch anders kommen, z. B. wenn die Genossen in die launige Situation geraten, in einer Stadtverwaltung die Mehrheit zu erlangen. Da wird die Sache mit dem Besessenen Grundsatz vertauscht brenzlich. Es gibt nämlich überall so naive Menschen, die von den roten Forderungen auf die rote Tüchtigkeit schließen und nun ihrerseits mit vielerlei vermeintlich berechtigten Wünschen an eine solche sozialdemokratische „Regierung“ herantreten. Und solche Leute erwarten von den roten Stadtvätern sogar mit Sicherheit das weitgehendste Entgegenkommen. Warum auch nicht? — Just die gleichen Anträge stellen die Herren Sozialdemokraten ja sonstwo auch an die Stadtverwaltungen, meist nur noch viel weitgehender. Also!

Ein in dieser Hinsicht sehr lehrreicher Fall passierte neulich in Offenbach am Main. Offenbach hat das „Glück“, — die dortigen Genossen selbst werden vielleicht ein Unglück nennen —, von einem roten Stadtrat „reniert“ zu werden. Natürlich gibt's in Offenbach auch Leute, die an einen hohen Stadtrat Wünsche haben. Um die es sich hier handelt, waren nicht einmal unbefriedigt, jedenfalls aber keine unversöhnten, wie sie die Sozialdemokraten oft stellen. Doch lassen wir dem sozialdemokratischen „Offenbacher Wendenblatt“ das Wort, um zu hören, wie die Geschichte weiterging. Es schreibt in seiner Nr. 272/1912:

„Im Wünschen und Fordern ist man in Offenbach der Stadtverwaltung gegenüber nicht gerade schüchtern, besonders dann nicht, wenn die Mehrheit im Stadtparlament wieder, wie eben jetzt, eine „rote“ ist. Aus einer einzigen Sitzung des Verfassungs- und Vermögensausschusses, und zwar aus der letzten, gestern tagenden, wollen wir heute eine kleine Blütenlese solcher Wünsche geben: Nachdem beschloffen war, bestimmten Kategorien von Personen und Einkommensklassen die Einkommensteuer bzw. andere Gemeindesteuern zu erlassen — was eine jährliche Einnahmeverminderung von mindestens 50 000 Mark für die Stadt bedeuten dürfte —, hatte sich der Ausschuss zu beschäftigen mit dem Versuch, a) des Gastwirtvereins Offenbach um Aufhebung der Verbrauchssteuer für Wein, b) der Ostverkauftändler am Wilhelmplatz um Herabsetzung der Pacht für die Wintermonate, c) der jüngeren städtischen Gehilfen (von 21 bis 25 Jahren) um eine Teuerungszulage und um Berücksichtigung bei der allgemeinen Gehaltsregulierung, d) der städtischen Feuerwehrgesellen usw. um Erhöhung ihres Kleibergelbes. Alle diese Wünsche konnten natürlich nicht erfüllt werden, einige wurden abgelehnt, andere vorläufig „vertagt“. Die Abgewiesenen werden zweifellos enttäuscht sein und ihrem Unmut mehr oder weniger deutlichen Ausdruck geben. Das sind unsere Stadtväter nachgerade gewöhnt, denn trotz allem erbitterten Entgegenkommen können sie natürlich nicht sämtliche, immer noch sich heigenden Wünsche erfüllen. Schließlich muß man doch auch fragen, woher denn all das Geld genommen werden soll (Hört, hört! Reb.), das die Erfüllung aller dieser Wünsche erfordern würde. Was würden übrigens denn die Bittsteller und Fordernden sagen, wenn ihnen demnächst die Rechnung präsentiert werden sollte in Gestalt eines noch kräftiger als bisher gefalzten Steuerzettels?“

Das ist grausam vernünftig gesprochen. Doch zum Schluß noch zwei Fragen: 1. Was würde passiert sein, wenn eine vortägliche Mehrheit die bezeichneten Wünsche abgelehnt oder „vertagt“ hätte? Antwort: Die Offenbacher Sozialdemokraten hätten Lohndruckankfälle bekommen und lägen in Schimpfkrämpfen. Und 2. Hat die Sozialdemokratie bei Stellung ihrer Anträge zur Reichsversicherungsordnung auch einmal gefragt, „woher denn schließlich all das Geld genommen werden sollte?“ Das hat sie nicht getan. Aber die christlichen Arbeitervertreter im Reichstag haben es getan. Dafür wurden sie dann von der Sozialdemokratie in gemeinfter und niederträchtiger Weise beschimpft und in den Kot gezogen.

### Sozialdemokratische Gewalttat mit Sprengpulver

Als „niedrige Kampfweise“ bezeichnete vor einigen Tagen vor dem Schöffengericht Erurt der Amtsanwalt die Tat des sozialdemokratischen organisierten Arbeiters Dölle. Der Verhandlung lagen von uns bereits früher mitgeteilte terroristische Vorgänge zugrunde: Im September 1912 war der in einer Mälzerei in Erfurt-Nord beschäftigte Arbeiter A. aus dem sozialdemokratischen Brauereiarbeiterverbande ausgetreten. Daraufhin wurde er von den Genossen mit allerlei nichtswürdigen Schikanen verfolgt. Einmal war sein Trinkglas in gemeinsamer Weise beschmutzt worden, ein andermal hatte man seinen Rauchtabak mit Sprengpulver vermischt. Noch rechtzeitig entdeckte A. den Substanz. Es hätte andernfalls ein unbedenkliches Unglück entstehen können.

Um das Maß voll zu machen, prangte eines Tages in der Fabrik, an einer in die Augen fallenden Stelle ein Schmähsplakat gegen den „Abtrünnigen“. Es stand darauf, daß A. nun Hurrahdreier werde, daß er die Maul- und Klauenpeuche habe usw. Es gelang, in dem Anhefter dieses Plakats den sozialdemokratisch organisierten Arbeiter Dölle zu ermitteln, der seinem schulpflichtigen Sohne die Beschimpfungen in die Feder diktiert hatte. Das Schöffengericht erkannte gegen ihn wegen Verleumdung auf einen Monat Gefängnis. — Der Sprengpulverattentäter ist bisher noch nicht ermittelt.

Wirklich traurige Früchte der sozialdemokratischen Separatheit. Es ist nur zu bebauern, daß die wirklich Schuldigen nicht gefaßt werden können. Aber auch denen wird das Handwerk gelegt werden können, wenn die nichtsozialdemokratische Arbeiterschaft energisch die Stärkung und Ausbreitung der christlichen Gewerkschaften betreibt.

### Sozialdemokratische Jugendverheugung.

Mit allem Nachdruck arbeitet die Sozialdemokratie auf eine Entchristlichung der Jugend, auf eine Vernichtung ihrer religiösen und nationalen Ideale hin. Die „Arbeiter-Jugend“, das offizielle Organ der sozialdemokratischen Jugendbewegung, bringt in ihrer Weihnachtsnummer vom 21. Dezember 1912 wieder einen Beweis für ihren revolutionären und religionsfeindlichen Charakter. In einem Weihnachtsartikel wird in einer ganz ähnlichen Weise das Wort: „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen“, als unehrlich und verlogen hingestellt. Dasselbe Tendenz hat ein Gedicht, betitelt: „Noch ist der Heiland nicht erstanden“, worin eine Strophe lautet:  
Kein Ferseits kam den Helfer senden,  
Den Christ säugt jede Mutter groß;  
Die Menschheit muß mit eignen Händen  
Erkämpfen sich ihr irdisch Los.  
Er kommt in ruffigem Gewande,  
Der Retter, der die Hölle zwingt.  
Dann ist der Heiland außerhanden,  
Der in die Welt die Freiheit bringt.  
Die „Arbeiter-Jugend“, die solche Verse bringt, wird heute von zahlreichen jungen Leuten gelesen; sie zählt zirka 50 000 Abonnenten. Dieser systematischen Verheugung gegenüber wird die Aufgabe immer dringender, im Sinne und im Rahmen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung eine energische Jugendpflege zu betreiben.

### Aus Wirtschaft und Technik.

#### Zum hundertsten Geburtstag Henry Bessemers.

Am 19. Januar feierte die Industrie und mit ihr die gesamte Kulturwelt das Andenken eines Mannes, der durch seine tiefgreifenden Erfindungen auf dem Gebiete des Eisens und Stahls eine Periode des Aufstiegs der Industrie einleitete und einer ganzen Epoche das Gepräge seines Geistes verleiht. Es ist Henry Bessemer, geboren am 19. Januar 1813 in Charlton (England) als Sohn eines Viehzüchters. Von Jugend auf zu praktischen Dingen veranlagt, erwarb er sich frühzeitig bedeutende Mittel durch einige Patente. Nach jahrelangen, kostspieligen Versuchen trat er im Jahre 1856 mit einer Erfindung hervor, die eine gänzlich Umgestaltung in der Stahlindustrie herbeiführte. Die Grundidee seiner Erfindung war, „geschmolzenes Roheisen vermittels Durchblasen von atmosphärischer Luft in flüssigen Stahl, ja, sogar in flüssigen Stabeisen ohne Anwendung von Brennmaterialien zu verwandeln.“ Diese Entdeckung war von geradezu epochemachender Bedeutung, weil dadurch den Verwendungsmöglichkeiten des Stahls, dessen Herstellung sich bis dahin unerschwinglich teuer stellte, ein neues, weites Feld eröffnet wurde. In besonders weittragendem Maße kam diese Erfindung der deutschen Eisenindustrie zugute, die bis dahin, infolge des hohen Phosphorgehaltes der Eisenerze, diese nur in ungenügender Weise zu verwerten imstande war. Infolge des eingeleiteten Entschlackungsverfahrens konnte die eigentliche Massenerzeugung unserer Industrie in die Wege geleitet werden und eine rapide Steigerung der Produktion wurde ermöglicht. War bis Ende des 19. Jahrhunderts Großbritannien die führende Macht in der Eisenindustrie gewesen, so wurde es 1902 von Deutschland überflügelt. Die deutsche Roheisenproduktion erreichte im Jahre 1912 eine Höhe von ca. 18 Millionen Tonnen, eine Rekordziffer, welche die des Vorjahres um nicht weniger als 3 Millionen Tonnen oder 14,75 Proz. überlegen hat. Ohne die hervorragende Erfindung Bessemers hätte die deutsche Eisenindustrie kaum jene dominierende Stellung erreichen können, die sie heute unter den eigenproduzierenden Staaten einnimmt. Die Industrien aller Länder aber werden stets mit Ehrfurcht und Hochachtung dieses großen Mannes gedenken.

#### Geschäftsergebnisse.

Die Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik in Düsseldorf erzielte nach 1 214 000 Mark Umsatzen einen Reingewinn von 1 636 000 Mark, der folgende Verwendung findet: 66 962 M. zum Reservefonds, 400 000 M. für Extrabeschreibungen, 404 402 M. zum Reparatur- und Erneuerungsfonds, 25 000 M. zum Unterstützungsfonds, 262 991 M. zum Defekt- und Garantiefonds, 30 000 M. zur Talonkassenreserve, 123 210 M. für Gewinnanteilschein-Zinsen, 81 270 M. zur Auslösung von Gewinnanteilscheinen, 243 080 M. als Vortrag. — Der Abschluß der weisungsfähigen Stanz- und Smalierwerke in Witten ergab nach 92 000 M. Umsatzen einen Reingewinn von 95 000 M. Die Erträge betragen 6 Proz. gleich 81 000 M. Nach dem Bericht des Vorstandes ist der Ertrag des Werkes in Witten ein befriedigender. Dagegen habe die Werksfabrik in Hamm mit Verlust gearbeitet. Der Grund hierfür habe neben ungenügenden Betriebsverhältnissen hauptsächlich in den allgemein gedrückten Preisen der Herbrande gelegen. Die Umsatze der Stahlblechgesellschaft seien nach Schluß des Geschäftsjahres zum Aufnahmewerte verkauft worden. — Bei den deutschen Babcock und Wilcox-Dampfkesselwerken in Oberhausen verbleibt nach 313 000 Umsatzen ein Reingewinn von 348 000 M., wovon 280 000 M. als 8 Proz. Dividende zur Verteilung gelangen. — Die Metallgesellschaft in Frankfurt a. M. erzielte im abgelaufenen Geschäftsjahre einen Reingewinn von 7,69 Millionen Mark. Die Dividende beträgt 30 Proz. gleich 4,80 Mill. M.

#### Eine Kritik der deutschen Syndikate.

Der Generaldirektor der Mannesmannröhrenwerke, Herr Eich, hielt gelegentlich der Einweihung des neuen Geschäftshauses der Gesellschaft eine bemerkenswerte Rede. Er skizzierte das Programm des Unternehmens und gab folgende interessante Kritik unserer jetzigen Syndikate:  
„Die Entwicklung unseres Unternehmens konnte natürlich nicht ohne Kämpfe vor sich gehen. Kämpfe mit der in- und ausländischen Konkurrenz, die uns neben Erfolgen auch unabhängige Mißgunst eingetragen haben. Den Kämpfen folgten Verständigungen, Kartelle und Syndikate und den Syndikaten wieder Kämpfe — der Kreislauf unserer industriellen Zeit. Die Nachteile der Syndikate haben schließlich so schwer auf uns gelastet, daß ihre Vorteile nicht mehr zur Geltung kamen. Ein Hauptnachteil äußerte sich in einer durchaus ungesunden Preispolitik, die immer wieder neue Konkurrenzen und außerdem eine lebhafte Einfuhr ausländischer Rohrerzeugnisse nach Deutschland zur Folge hatte. Vergebens kämpften wir dagegen an, unterstützt wurden wir eigentlich nur noch von einem Werke von 25, die dem Syndikat angehörten. Ein zweiter Hauptfehler der Röhrensyndikate war ihre lächerliche Konstruktion, die sie übrigens mit fast allen Syndikaten — den Stahlwerkerverband nicht ausgenommen — teilten. Ein Gebiet, eine Dimensionsgruppe war syndiziert, die andere frei; was an Röhren der einen Gruppe zu viel verdient wurde, wurde gern geopfert, um sich auf einem anderen, nicht syndizierten Gebiete mit Verluspreisen auszubehnen, um dann später neue Forderungen stellen zu können, wenn neue Quoten zur Verteilung kamen. Auch gegen diesen Unsinn haben wir jahrelang nutzlos gestritten. Ein Ventil, meinten die Widerstrebenden, müßten sie doch haben. Dasselbe meinen auch die großen gemischten Betriebe, die sich der Syndizierung der 4 Mill. Tonnen Stabeisen hartnäckig widersetzen. Das Ventil kostet der Industrie jährlich ungezählte Millionen — aber sie muß es, meinen sie, haben.“

Dem Staate wißt man vor, daß er in diesen Dingen mit der Zeit nicht Schritt hält — unsere Großindustrie ist in der Gestaltung der Syndikatsfrage heute um mehr als ein Jahrzehnt hinter der industriellen Entwicklung zurück. Und wenn gesagt wird, die Syndikate haben sich überlebt, dann heißt das: in ihrer jetzigen Gestalt. Die Zeit fordert eine neue Form, die das Ganze, nicht einen Teil nur umschließt. Der Produzent muß einen umfassen den Produktionsfuß erreichen und als Gegenleistung dafür den

anderen Produzenten den gleichen Schutz gewähren. Das ist der erste Teil des Programms der Mannesmann-Röhrenwerke, das seit Jahren verfolgt wird. Es ist nicht, wie es häufig ausgelegt wird, der erste Schritt zum Monopol. Der zweite Teil des Programms ist eine zweckdienliche, die Herstellung verbessernde und enorm verbilligende Arbeitsteilung unter den Werken; eine Spezialisierung der Betriebe, die zur höchsten Leistungsfähigkeit führt und uns über England und Amerika dauernde Überlegenheit sichert.

Diese beiden Programmpunkte bedingen nicht nur keine Vernichtung von Existenzen — das unscheinbarste, das kleinste Werk kann nicht nur weiter bestehen, sondern es muß infolge seiner Spezialisierung zur Mäße gelangen — sie erfordern keine Kapitalzusammenballungen, die den „Trust“ so gefährlich machen, und sie beenden den Kampf zwischen den gemischten und den reinen Werken. Unter Programm bedeutet noch mehr: der Konsum wird nicht mit den Kosten einer unrationellen Fabrikation belastet; er kann und wird sich ausdehnen, weil er bei höherem Verdienst der Werke zu niedrigeren Preisen versorgt wird. Die billigeren Preise schälen uns vor neuer Konkurrenz und gegen die Einfuhr fremdstaatlicher Fabrikate.

Dieses Programm vor uns, können wir den Syndikaten alten Stils kein Interesse mehr entgegenbringen; aber ein Syndikat oder viele Syndikate — Branchen-syndikate können das Programm durchführen; es ist dazu weder die Auffassung der kleinen Betriebe, noch der Trust nötig. „Trust“ hört man nennen, was wir in laufenden Jahre aus unserem Programm in keinem Umfange in die Praxis übersehen haben. Das ist durchaus unrichtig. Die einzige Selbständigkeit, deren sich die Werke, die sich der von uns ins Leben gerufenen Verkaufsgemeinschaft anschließen, begeben haben, ist die des Verkaufs, im anderen ist ihre Selbständigkeit völlig unberührt geblieben. Sie sind uns wertvolle Mitarbeiter bei der Durchführung der Spezialisierung der Betriebe. Die Dauer der Verträge ist auf 30 Jahre festgesetzt; weil mit Verträgen von der Dauer unserer heutigen Syndikate Maßnahmen der geschäftlichen Art einfach undurchführbar sind. Vielleicht wird unsere Großindustrie, die mich heute wahrscheinlich einen Utopisten nennt, in nicht zu ferner Zeit dem entwickelten Programm ihre Aufmerksamkeit zuwenden, wenn sie zur Einsicht kommt, daß es durchführbar ist und daß mit den heutigen Syndikaten endgültig abgerechnet werden muß. Die Durchführbarkeit braucht sie nur zu wollen, sie wäre von großem Segen für unsere Staats- und Volkswirtschaft.

**Ueber neue Feuerungsarten der Härteöfen.**

berbreitete sich in einer am 6. Januar abgehaltenen Versammlung des Niederrheinischen Bezirks des Vereins Deutschen Ingenieure Herr Paul-Düsseldorf. Nach einem Bericht in der Düsseldorf'scher Zeitung betonte der Vortragende einleitend die Unzuverlässigkeit der alten primitiven Einrichtungen zum Härten. Da die bisher meistgebrauchte Feuerung mit festen Brennstoffen ein zuverlässiges Härten ausschloß, sei man dazu übergegangen, die Härteöfen mit Gas oder Del zu befeizen. Damit habe man die denkwürdigen glänzenden Erfolge erzielt. Besonders die Gasfeuerungen erfüllte die Grundbedingungen einer guten Härten, nämlich die Erzielung vollkommen gleichmäßiger und dabei genau regulierbarer Temperaturen. Von den bestehenden Gasfeuerungsarten hätten sich diejenigen am besten bewährt, bei welchen das Gas unter normalem Leitungsdruck den Brennern zugeführt und kurz vor den Rosten mit einem gebrechten Luftstrom von 800 bis 1000 Millimeter Wasserfäule gemischt wird. Hierdurch werde eine vollkommene Verbrennung bei einem Heizeffekt von rund 80 bis 90 v. H. erzielt. Man unterscheidet drei Arten von Gasfeuerstätten: die offenen Feuer; die Feuer mit geschlossenem Heizraum; die Schmelzöfen. Die offenen Feuer sind solche bei denen in der direkten Flamme und bei hohen Temperaturen gearbeitet wird, wie Schmiedefeuer, Schweißfeuer, Nietglühöfen, Rastöfen usw. Die Feuer mit geschlossenem Heizraum haben einen besonderen Heiz- und einen besonderen Glühraum. Man unterscheidet hier Gas-Plattenglühöfen und Gas-Rostglühöfen zum Härten, Zementieren, Ausglühen usw. Die Schmelzöfen werden eingeteilt in solche für leicht schmelzbare Metalle, welche für schwer schmelzbare Metalle und sogenannte Schmelzöfen zum Härten in Blei oder Salz; ferner Delanlagöfen. Ein besonders beachtenswertes Gebiet der Gasfeuerstätten sind die selbsttätig arbeitenden Gasöfen zum Härten, Glühen, Löten usw. von Massenerzeugnissen. Zur Erzeugung des erforderlichen Luftstromes von 800 bis 1000 Millimeter Wasserfäule dienen die Hochdruck-Rotations-Gebläse. Sämtliche Gebläse können außer mit Leuchtgas auch noch mit Wassergas, Generatorgas, Gasolinas oder sogar mit Hochdruckgas betrieben werden. Die Dampferzeugung kann für die vorstehenden Öfen nur dann vorteilhaft Verwendung finden, wenn die Dampferzeugung gleichzeitige Erwärmerung, vollkommene Verbrennung und gute Regelbarkeit sichern.

**Streits und Lohnbewegungen.**

- Zur Beachtung.** Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluß ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden, andernfalls fällt die Beachtung vor dem Bezug fort.
- Werdohl.** Die Firma Gebr. Gonsel in Eveling ist für Britanniawarenarbeiter gesperrt.
- Wenden.** Bei der Firma Schmöle & Co. stehen unsere Kollegen im Streit. Sämtliche organisierten Metallarbeiter in den dem Arbeitgeberverband Wenden angeschlossenen Betrieben sind ausgesperrt. Jeder Zugang nach dem Wendener Industriegebiet ist strengstens fernzuhalten.
- Osnabrück.** Die Formet der Firma Brück, Kreisichel & Co. stehen im Streit.
- Dortmund-Schwerte.** Die Abteilung Drahtzug der Eisenindustrie ist zwecks Beseitigung von Mißständen gesperrt.
- Stolberg.** Bei der Firma Brym sind wegen Abrechnung von Vertrauensleuten der Arbeiterorganisation Differenzen ausgebrochen. Zugang ist streng fernzuhalten.
- Düsseldorf.** Ueber die Geheize der Firma Schieß wurde wegen Akkorddifferenzen die Sperre verhängt.
- Berne.** Die Firma Belen hat mit Ausnahme von einigen älteren Leuten sämtliche Formet und Geheizearbeiter gesperrt. Zugang ist streng fernzuhalten.

**Zugang ist fernzuhalten.**

**Bekanntmachung.**

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 26. Januar der fünfte Wochenbeitrag für die Zeit vom 26. Januar bis 1. Februar 1913 fällig.

Die Verwaltungsstelle Bremen erhält die Genehmigung zur Erhebung eines Lokalbeitrages von 15 Pfg. pro Woche ab 1. Februar cr., statt bisher 10 Pfg. Die Nichtbezahlung des Beitrages hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

**Aus dem Verbandsgebiet.**

**Ostberg-Druckverwaltung.** Auf unserer letzten, in Wigge abgehaltenen Mitgliederversammlung wurde einstimmig beschlossen, zur Unterstreichung der im Kampfe stehenden Mendener Kollegen sofort 200 Mark aus der Kasse an die Zentrale abzugeben. Auch die Sammelkassen sollen regelmäßig in Umlauf gesetzt werden. Alle für einen und einer für All (zur Nachahmung empfohlen. Die Red.)

**Mülheim-Rhein.** Unsere am 18. Januar abgehaltene Generalversammlung nahm einen ausgezeichneten Verlauf. Das war sicher zum Teil auf den sehr guten Besuch zurückzuführen. Bei der Vorstandswahl wurden die ausstehenden Kollegen wiedergewählt. Der Reinertrag einer Veranstaltung der Ortsgruppe im Betrage von 120,93 Mark wurde der Zentrale zur Verwendung für die ausgesperrten Mendener Kollegen übermittle. In Anbetracht der noch andauernden Aussperrung in Wenden faßte die Generalversammlung auf Antrag der Ortsverwaltung einstimmig den Beschluß: Jedes Mitglied zahlt am Samstag den 26. Januar einen Extrabeitrag, der ebenfalls der Zentrale für die Mendener Kollegen überwiesen wird. — Die anderen Ortsgruppen werden diesem Beispiele der Mülheimer Kollegen folgen.

**Amberg.** (Die Aufbesserung der bayerischen Hüttenarbeiter.) Hier selbst fand am 16. Dezember eine große öffentliche Staatsarbeiterversammlung statt, in welcher Herr Abg. Steets-Auerbach sprach. Er beschäftigte sich mit den Arbeitsverhältnissen in den bayerischen Hüttenbetrieben. Wir können auf die Wiedergabe der interessantesten Ausführungen hier verzichten, da wir den Wortlaut der Rede des Herrn Abgeordneten im Landtag in unserem Organ schon gebracht haben. Die Versammlung nahm einstimmig folgende Resolution an:

„Die am 15. Dezember im „Maximilian“ in Amberg abgehaltene Versammlung, die von circa 600 Arbeitern und Beamten besucht ist, spricht der Regierung und den Abgeordneten, die an der Verbesserung ihrer Verhältnisse praktische Arbeit geleistet haben, den wärmsten Dank aus. Die Versammlung bittet die Regierung, daß die versprochenen Lohnaufbesserungen in gerechter Weise durchgeführt werden. Die Aufbesserung möchte den Schicht- und Akkordarbeitern in gleicher Weise gewährt werden. Der dringendste Wunsch der Arbeiter geht dahin, daß die Beschlüsse des Lohnausschusses halbwegs durchgeführt werden. Die einzelnen Wünsche in den Petitionen des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter und des christlichen Metallarbeiterverbandes möge die Regierung zugunsten der Arbeiter durchführen. Die ganze Versammlung erlaubt sich in gleicher Weise, S. R. Hoheit, dem Prinzregenten Ludwig, die erneute Versicherung der Treue und des Gehorjams zu Füßen zu legen.

Inzwischen war bekannt geworden, daß die Generaldirektion wegen der Aufbesserung von 20 Pfg. pro Tag und Arbeiter Schwierigkeiten machen werde. Es wurde der Wunsch laut, daß die Verbände gemeinsam mit einem Abgeordneten vorstellig werden sollten. Der Wunsch der Versammlung wurde am 18. Dezember erfüllt. Die Vertreter des christlichen Metallarbeiterverbandes und des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter sprachen unter Führung des Herrn Abg. Steets in der Kgl. Generaldirektion München vor.

Die Ansicht, daß man die 20 Pfg. Zulage nicht allgemein durchführen wollte, bestätigte sich; und zwar führten die Referenten an, daß auf einigen Werken die Löhne im letzten Vierteljahre 1912 gestiegen seien. Mit Recht wurde dem entgegengehalten, daß die Lohnhöhe ja erst am 1. Januar 1913 eintreten sollte. Es wurde dann die Stellung der organisierten Arbeiterchaft vorgetragen und die Referenten schienen nicht abgeneigt, auf die Vorschläge einzugehen. Es wurde jedoch an das Finanzministerium verwiesen. Die beiden Verbände haben daher am Tage darauf an das Finanzministerium eine Petition gesandt, in welcher der Standpunkt der organisierten Arbeiterchaft klargelegt wurde.

Die organisierte Arbeiterchaft fordert: Daß die Lohnhöhe einheitlich und gleichmäßig für alle Arbeiter ohne Unterschied durchgeführt werde. Wenigstens Geld dazu ist bewilligt worden.

Die letzte Lohnhöhe hat die Arbeiter in keiner Weise befriedigt, da nur ein Teil der Arbeiter in den Genuß der Zulagen gekommen war. Diesmal hat man ähnliches vor. Würde die Lohnhöhe in diesem Jahre wieder so verteilt, wie das letzte Mal, so würden z. B. auf dem großen Werk Amberg, das jetzt 1200 Arbeiter zählt, kaum 100 Mann in den Genuß der Lohnhöhe kommen. Man wird also verstehen, warum die Arbeiter die Lohnzulage einheitlich und gleichmäßig für alle Arbeiter ohne Unterschied fordern. Die Organisation brüde in ihrer Petition auch noch den Wunsch aus, daß den Arbeitern die Lohnhöhe auf dem Lohnzettel zur Kenntnis gebracht werde. Weiter wurde auf die Eisenbahner hingewiesen, wo man doch genau das gemacht habe, was gefordert werde.

Wir sagen: „Gleiches Recht für alle!“ Gibt man den Eisenbahnern 30 Pfg. ohne Unterschied, ob der Mann im Tagelohn oder im Akkord arbeitet, dann soll man auch bei uns in bayerischen Hüttenbetrieben tun. Es sammelt sich sonst unnötig viel böses Blut an und daran hat die Staatsregierung doch sicher kein Interesse. Von der Organisation aus wird jedenfalls alles getan werden, um die staatlichen Hüttenarbeiter in den Genuß der 20 Pfg. Lohnzulage zu bringen. Wir wissen aus hierbei in Gesellschaft der übergroßen Mehrzahl der Volksvertreter, sowie der gesamten öffentlichen Meinung.

**Hagen i. W.** Der „nationale“ (gelbe) Werkverein der Firma Wittmann A.-G. Hagen i. W. hat jüngst ein Flugblatt herausgegeben, welches sich vornehmlich mit den christlichen Gewerkschaften befaßt. Und wie? Was sich nur an Fälschungen, Unwahrheiten und Verleumdungen herbei

schleppen ließ; das wurde unter der wunderbaren Überschrift „die gelbe Gefahr“, „der Krieg ist entbrannt und „heiß tobt die Schlacht“ der Öffentlichkeit überreicht. Es würde zu weit führen, wollten wir an dieser Stelle den offensichtlich einem „heißigen“ Stein entflammenden gelben Hohl weiter beleuchten. In Form eines Flugblattes haben wir den „Blutapfelsinen“ die Antwort bereits gegeben. Eines wollen wir indes festhalten, weil es die gelbe Kampfesweise in ein gar eigenartiges Licht rückt. U. a. war in dem Flugblatt des Wittmannsche gelben Werkvereins behauptet, die christlichen Gewerkschaftler hätten in Hagen lebhftin versucht, einen Arbeiter brotlos zu machen. Wir wandten uns daraufhin sofort an den Werkverein um Auskunft mit folgendem Schreiben:

Hagen, den 29. Dezember 1912.  
An den Werkverein der Firma Wittmann A.-G., Hagen, z. S. des Herrn Franke

Hagen i. W.  
In einem vor wenigen Tagen von Seiten des Werkvereins der Firma Wittmann herausgegebenen Flugblatt unterzeichnet mit Ihrem Namen, wird u. a. auch die Behauptung aufgestellt, daß die christlichen Gewerkschaftler versucht hätten, in Hagen einen Arbeiter um seine Arbeitsstätte zu bringen. Dieser schwerwiegende Vorwurf wird in keiner Weise durch Tatsachen belegt. Es fehlt jede Angabe darüber, wo sich der Fall abgespielt haben soll, wer der bet. Arbeiter ist usw. Um nun die Angelegenheit in der breitesten Öffentlichkeit klarstellen zu können, gestattet sich der Unterzeichnete, die höfll. Bitte an Sie zu richten, mir doch umgehend die näheren Details anzugeben. Ich darf wohl hoffen, daß Sie umgehend schnellstens meiner Aufforderung entsprechen und zeichne in dieser Erwartung (Folgt Unterschrift.)

Als dato hat sich der gelbe Werkverein in tiefster Schweigen gehüllt. Jedenfalls hat der gelbe Flugblattschreiber geglaubt, wir hätten hübsch zu seinen Unwahrheiten geschwiegen. Denn anders wie eine grobe Unwahrheit kann man die gelbe Behauptung vom christlichen Terror nicht nennen. Wir haben uns alle erdenkliche Mühe gegeben, um wenigstens eine Spur zu finden, die vielleicht den Gelben als Unterlage hätte dienen können, indes vergebens.

Trotzdem das gelbe Flugblatt von Unwahrheiten und Verleumdungen zusammengesetzt ist, haben die gelben Nachbarn die Stirn, am Schluß die Arbeiter zu erfragen, doch die „Heilandshoffnung“ zu beherzigen, die da laute: „Freie auf Erden.“ Hoffentlich sorgt der Wittmannsche gelbe Werkverein öfters für derartige Flugblätter. Denn sie sind treffend geeignet, den Ekel, der heute schon die meisten Arbeiter erfasst, wenn sie von gelben Werkvereinen hören, noch weiter zu verfrachten.

**Sürth bei Köln.** In allen Ortsgruppen unseres Verbandes rührt es sich, um in den Generalversammlungen die Erfolge des letzten Jahres zu besprechen, sich daran zu erfreuen und zu erbauen, und mit neuem Mut und frischer Begeisterung die Verarbeitung im neuen Jahre zu beginnen. Aber, wo keine besonders hervorragenden Erfolge zu verzeichnen sind, treten die Kollegen zusammen und beraten und überlegen, wo etwa der Fehler liegen könnte, versuchen ihn abzustellen und geloben sich gegenseitig, im neuen Jahre ihre ganze Kraft in den Dienst des Verbandes zu stellen, mit unermüdbarem Eifer an der Ausbreitung des Verbandes und an der eigenen Schulung und Ausübung zu arbeiten.

Doch wie sieht es bei uns aus?  
Kollegen der Ortsgruppe Sürth, fragt euch einmal ehrlich, ob ihr im bergangenen Jahre eure Pflicht als Gewerkschaftler erfüllt habt. Habt ihr, von einigen Kollegen abgesehen, auch nur einmal versucht, ein neues Mitglied zu gewinnen? Ich glaube es nicht, denn sonst müßten mehr Aufnahmen gemacht worden sein.

Wie sieht es mit dem Versammlungsbesuch aus? Immer nur einzelne und immer die gleichen! Kollegen, glaubt ihr die Versammlungen nicht mehr nötig zu haben? Ich wage dies zu bezweifeln. Und diese Ausreden! Der eine geht nicht in die Versammlung, „weil doch niemand dahin kommt“, der andere muß nach Köln fahren, ein anderer hat diesen oder jenen Klimabim und einem weiteren ist das Wetter zu schlecht!

Kollegen! Sind das Gewerkschaftler, standesbewusste Arbeiter, welche sich mit solch fadenstimmigen Ausreden an der Versammlung vorbeidrücken? Ich bin der Ansicht, wenn das Wetter nicht zu schlecht ist, daß ein Kollege von Köln nach Sürth kommen kann, dann darf es erst recht für uns nicht zu schlecht sein. Was soll das für ein Kämpfer sein, der etwas Regen oder Schnee fürchtet? Oder haben wir die Organisation und die gewerkschaftliche Schulung vielleicht weniger notwendig, als die Kollegen an andern Orten? Hat nicht auch für uns die Organisation bei der letzten großen Bewegung eine Menge Vorteile ertrungen?

Es ist also die allerhöchste Zeit, daß man die Schlafmütze herunterzieht, um endlich wieder einen freien Kopf und offene Augen zu bekommen. Die gegenwärtige Zeit ist doch sicher ernst genug, daß alle unsere Kollegen auf dem Plane erscheinen, um mit vereinten Kräften die Feinde von rechts und links abzuwehren. Dazu ist aber vor allen Dingen notwendig, daß die bisherige Bequemlichkeitsliebe und Trägheit abgestreift wird, daß jeder Kollege sich ganz ernstlich Verbesserung gelobt. Ein neuer Geist muß in unsere Ortsgruppe einziehen. So wie zurzeit kann und darf es nicht weitergehen!

Darum Kollegen, besinnt euch auf eure Pflichten als Gewerkschaftler, besucht fleißig die Versammlungen und zeigt euch überall als ganze Männer und echte Gewerkschaftler. Dann wird es auch in unserer Ortsgruppe wieder vorwärts gehen. Auf Werk!

**Brachweide.** Die hiesige Sektion unseres christlichen Metallarbeiterverbandes hielt am 5. Januar ihre Generalversammlung ab. Der alte Vorstand wurde mit Ausnahme des 1. Kassierers und 1. Schriftführers, welche eine Wiederwahl ablehnten, einstimmig wiedergewählt. Der Jahresbericht, welcher vom Vorliegenden Kollegen Böllinghöfer erstattet wurde, zeigte so recht ein Bild intensiver Tätigkeit. Abgehalten wurden im verfloffenen Jahre 10 Vorstandssitzungen, 13 Mitgliederversammlungen und 1 öffentliche. Außerdem wurde noch im Sommer eine Veranstaltung abgehalten, dazu bestimmt, auch das Interesse der Frauen und Jugendlichen für unsere Bewegung zu wecken und zu fördern. Referate in den Versammlungen wurden gehalten von den Kollegen Oberhoffel, Palle, Reje und Hib. Unsere Mitgliederzahl hat sich dank unserer intensiven Tätigkeit und der opferfreudigen Mitarbeit der Kollegen in Jahresfrist fast verdoppelt. Allen Kollegen, die zu diesem erfreulichen Aufschwunge beigetragen, sei auch an dieser Stelle nochmals Dank gesagt. Es ist selbstverständlich, daß wir auch im neuen Jahre, und zwar mit verdoppelter Eifer für unsere Sache weiter tätig sein müssen.

Kollegen von Brachweide! Das Jahr 1912 hat uns, wie auch das vorhergehende, einen erheblichen Mitgliederzuwachs

gebracht. Alle Kollegen, die hierzu beigetragen haben, müssen auch im neuen Jahre Kämpfer sein für unsere von Idealismus getragene Bewegung. Aber wieviele Kollegen sind es, die sich sagen dürfen, daß sie in dieser Hinsicht ihre volle Pflicht und Schuldigkeit getan? Sicherlich nur sehr wenige. Muß das so sein? Nein. Jeder ist in der Lage, dem Verbande einige neue Mitglieder zuzuführen. Auch an der gewerkschaftlichen Schulung hapert's noch bei manchem Kollegen. Deshalb studiert das Verbandsorgan und sonstige gewerkschaftliche Literatur, die sich jeder leicht beschaffen kann. Vor allem aber auch besucht regelmäßig unsere Versammlungen, welche in jeder Hinsicht aufklärend und belehrend wirken. Also, geloben wir uns, das bisher Versäumte nun mit allem Eifer nachzuholen; dann werden wir in diesem Jahre die ersten hundert hinter unsere Fahne bekommen.

Langensfeld bei Amberg. Eine der immer wiederkehrenden Klagen der Arbeitskollegen von unserem Werk ist die über schlechte Behandlung. Wohl in keinem Werte der Umgebung von hier ist der erste Vorgesetzte so bekannt wie bei uns. Pöbliche Entlassungen und Kündigungen wegen Kleinigkeiten erleben wir, von anderen Sachen ganz abgesehen, fast alle Wochen. In letzter Zeit ist wieder ein Vorarbeiter entlassen worden. Warum, ist dem Kollegen bis heute noch nicht klar. Sollte es wegen seiner Zugehörigkeit zur Organisation geschehen sein; oder deshalb, weil er in „Behandlung“ nicht so machte, wie es eine gewisse Stelle wollte?

Die Kollegen berichten folgendes: Ein Arbeiter, der noch ein bißchen Selbstbewußtsein besaß, wurde zu dem entlassenen Vorarbeiter getau, damit er von diesem, wenn er „nicht zieht“, mal auf die Bude genommen werde, um ihm „Mores“ zu schenken. Die Arbeiter wären sehr dankbar, wenn sie einmal nähere Aufklärung über diesen sonderbaren Fall erhielten. Ganz besonders auch deshalb, weil der Vorarbeiter seit diesem Fall, den er natürlich nicht ausführte, nichts mehr habe recht machen können, bis eines schönen Tages seine Entlassung erfolgte.

Wen soll man für solche Vorkommnisse verantwortlich machen. Die Kollegen sind zum großen Teil selber schuld. Macht's doch der Magistrie nach und organisiert euch. Und zwar geschlossen im christlichen Metallarbeiterverband. Nur Einigkeit kann Uebergriffe mit Nachdruck und Erfolg zurückweisen.

Schalksmühle. „Denn erstens kommt es anders und zweitens als man denkt.“ — Das dürfte wohl das passendste Motto für die am Sonntag, den 2. d. von den Genossen im trauten Bunde mit dem Hirsch-Dunderschen Gewerksverein veranstalteten „öffentlichen Versammlung“ sein. Gemeinsam, in „einer Waffenbrüderschaft“ zogen die beiden Organisationen hier aus, um dem christl. Metallarbeiterverband den „Garant“ zu machen. Von nah und fern waren ihre Referenten herbeigeeilt, um, wie das Thema lautete, „Stellung zu nehmen zu den Ausführungen des christlichen Gewerkschaftssekretärs Föcher-Samm vom 8. Dezember 1912“ — der an diesem Tage gezwungen war, die Ehre des christlichen Metallarbeiterverbandes gegen unlaute Angriffe zu verteidigen. Ganz besonders hatte man es also auf die Person Föchers abgesehen. Man gedachte in seiner Abwesenheit das gesteckte Ziel in aller Gemütsruhe zu erreichen. Daß man auf sein Kommen nicht rechnete und es auch nicht wollte, geht aus der mehr wie sonderbaren Art der Einladung, die man ihm zuwandte, klar hervor. Der Drucke: „Übermittle man Föcher zwei Flugblätter und triffste mit Bleistift darunter: „Bitte erscheinen.““ Kein Namenszug zierte das wunderbare Einladungsdocument.

Doch, es kam so ganz anders, als man dachte. Kollege Föcher war doch erschienen. Herr Heinrich-Samm vom S.-D. Gewerksverein war erster und ein Herr Martin-Düffelvor, seines Reichens Beamter vom roten „Deutschen“, zweiter Hauptreferent des Tages. Die Bühne, auf der die beiden Platz genommen hatten, wurde weiter noch belebt durch den Hirsch-Dunderschen Bezirksleiter Bongers, während im Saale, der brechend voll war, Herr Wolf-Sagen von der gleichen Organisation und die Herren Budde und Stute-Videnscheid vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband neben andern Größen beider Organisationen Platz genommen hatten. Der Tanz konnte beginnen. Herr Bongers erhob sich und eröffnete unter Betonung seiner Friedensliebe die Versammlung. Dann durfte Herr Dundershamm loslegen, der in seiner bekannten raschypathischen Manier die Bewegung auf Abteilung D der westfälischen Dabindustrie zum Gegenstand schwülziger Darlegungen machte und in ungefähr einer Stunde versuchte, sein Verhalten bei dieser Bewegung zu beschönigen und sich von den von den Arbeitern gegen ihn erhobenen schweren Vorwürfen rein zu waschen. Nach ihm kam der Genosse Martin an die Reihe: Wir gestehen: einen solch „wunderbaren Redner“ haben wir noch nicht gehört. Eine „Logik“ entwickelte dieser Herr, die einfach fahrend war. Unausprechlich komisch war das Zeug, was er als „Kenner unserer Bewegung“ über den Zusammenhang zwischen päpstlicher Engherzigkeit und christlichen Gewerkschaften verzapfte. Aus Scham jedenfalls über die geoffenbarte eigenartige Qualifikation ihres Bezirksbeamten verdrifteten sich denn auch nachher seine beiden Freunde Budde und Stute in die Wirtshube.

Um den Lesern ein Bild des vom Herrn Genossen Martin heruntergedrehten Unsinnes zu geben, seien hier einige Stellen genannt. Bei der Behandlung der „Schandthaten der christlichen Gewerkschaftssekretäre im Parlament“ stellte er den Satz auf: Gewerkschaftler und Parlamentarier seien nicht voneinander zu trennen. Als er durch einen Zwischenruf auf die religionsfeindliche Propaganda sozialdemokratischer Gewerkschaftssekretäre aufmerksam gemacht wurde, meinte er ganz naiv: Es ginge doch der Gewerkschaftsbewegung nichts an, was ihre Leute außerhalb der Bewegung machten. Im Statut stände nichts von einer Religionsfeindlichkeit der freien Gewerkschaften. Auf das für die Genossen blamable Urteil im Prozeß Hoffmeister-Ferloh gegen Steinacker-Menden übergehend, behauptete er schlampend, er glaube an keinen Streikbruch seiner Verbandskollegen in Menden; die Zeugen könnten sich als einfache Arbeiter sehr gut geizt haben. In Düsseldorf-Gilden hätten aber die Christlichen Streikbrüche begangen. Wohl habe hier der rote Verband zwei christlich organisierte herausbrüden wollen, aber nur — lieber Leser lache nicht — um ihre Stellen wieder mit zwei Christlichen zu besetzen. Wir wollen es unseren Lesern schenken, noch mehr des unsinnigen Zeugens zu verdauen. Wie ein befreiendes Aufküssen ging es durch die ganze Versammlung, als diese Größe nach langem Würgen ihren Sermon beendete.

Dem nun zu Worte kommenden Kollegen Föcher war es ein leichtes, die unlaute Angriffe des ersten Referenten zu entkräften. Eingehend schilderte er den Vorgang der Bewegung auf Abteilung D, und wies den Kollegen nach, wo der wahre Schuldige lie. Kollege Albersmann-Sagen ergriff, nachdem Kollege Föcher unter kläglichem Weisell seine über-

zeugenden Darlegungen beendet hatte, das Wort zu einer geradezu niedererschmetternden Verurteilung und Widerlegung der konfusen Ausführungen des Genossen Martin. Eine derbere, aber auch wohlbedientere Abfuhr dürfte in Schalksmühle noch niemals Rednern zuteil geworden sein, wie auf dieser Versammlung. Die Erwiderungen der beiden Referenten auf diese verächtlichen Ausführungen der beiden Diskussionsredner waren recht lenksam und wurden wieder sehr grausam zerstückelt durch die Kollegen Erdmann und Albersmann. Die Situation war für die Einberufer völlig verloren und selbst Herr Wolf-Sagen, der die Friedensschalmei blies und ihr herrliche Akkorde entlockte, vermochte die Situation nicht mehr zu retten. Vor dem Schlusswort, das Herr Dundershamm sprach, gelangte als Ergebnis der Aussprache folgende, vom Kollegen Föcher vorgeschlagene Resolution mit großer Majorität zur Annahme:

„Die heutige, vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband und dem Hirsch-Dunderschen Gewerksverein einberufene stark besuchte öffentliche Versammlung verurteilt auf das Entschiedenste das Verhalten der beiden einberufenden Organisationen, die hier in holder Fremdschaft versuchten, durch infame Verächtlichung des christlichen Metallarbeiterverbandes einen Keil in die Arbeiterreihen zu treiben. Die Versammlung erkennt an, daß die gepflogene gründliche Aussprache den schlüssigen Beweis dafür erbracht hat, daß als gesündeste Gewerkschaftsbewegung nur die christlich-nationale in Betracht kommen kann. Die Versammelten verpflichten sich, auf Grund dieser Erkenntnis mit aller Kraft an der weiteren Stärkung des christlichen Metallarbeiterverbandes zu wirken und nicht eher zu ruhen, bis der letzte Arbeiter von Schalksmühle Mitglied des christlichen Metallarbeiterverbandes ist.“

Ein begeistert aufgenommenes Hoch auf unsern Verband folgte der Annahme der für die „Verbündeten“ recht blamablen Resolution. In seinem Schlusswort verriet Herr Dundershamm seinen ganzen Groll, der auf Grund eines solch unerwarteten Ausgangs der Versammlung in ihm fraß. Interessant ist, daß er sich während seines Schlusswortes noch vom Kollegen Albersmann einer offenkundigen Unwahrheit überführen lassen mußte.

Die Versammlung, die von morgens 11 bis abends gegen 6,30 Uhr dauerte, hat klärend gewirkt. Statt einer Niedererschmetterung unseres Verbandes wedte sie in unsern Mitgliebereihen erneute Hoffnungsfrage Begeisterung und die geschlagenen Gegner mußten abziehen wie die Lohgerber, denen die Felle weggeschrammen sind. Tren ausgeharrt haben unsere Kollegen durch annähernd acht Stunden hindurch und auch noch zu einer nachfolgenden Mitgliederversammlung waren die meisten erschienen. In dieser ließ Kollege Föcher noch einmal kurz das Ergebnis der Verhandlungen Neuem passieren und auch Kollege Albersmann ermunterte die Kollegen nochmals zu andauernder, energischer Arbeit.

Kollegen von Schalksmühle! Jetzt gilt's, die günstige Situation auszunutzen für unsere gerechte Sache. Da darf keiner zurückweichen, sondern alle müssen mithelfen bei der Durchführung der Resolution, dann war auch diese von den Gegnern zwecks Schädigung unseres Verbandes einberufenen Versammlung ein Teil von jener Kraft, die zwar das Böse will und doch das Gute schafft.

Reiße. „Ausdauer führt zum Ziel! Dieses Wort hat zu jeder Zeit seine Berechtigung gehabt, doch können wir es ganz besonders auf unsere Ortsgruppe anwenden. Wenn wir auch nicht im entferntesten davon reden können, daß wir schon am Ziel sind, so haben wir doch im 4. Quartal vorigen Jahres schöne Fortschritte gemacht.“ Mit diesen Worten eröffnete der Vorsitzende, Kollege Pöbel, unsere Generalversammlung, welche am 6. Januar im „Schwarzen Schiff“ stattfand, an der auch unser Bezirksleiter, Kollege Czora, teilnahm.

In der Tat hatte jeder von uns, der die Geschichte unserer Ortsgruppe kennt, die Ueberzeugung, daß diese Worte holl und ganz berechtigt waren. Haben wir doch jahrelang über eine Durchschnittszahl von 15 Mitgliedern nicht hinauskommen können. Deshalb lehrte uns mancher, der hoffnungsfroh in unsere Reihen einztrat, misshütig den Rücken. Doch blieb uns eine kleine Gruppe von charakterfesten Kollegen, die das unerschütterliche Vertrauen hatten, daß unsere Bewegung sich die Arbeiterschaft von Reiße erobern muß, treu. Da kam die Dortmunder Generalversamml. mit ihren die Ortsgruppen verpflichtenden Beschlüssen und wir setzten mit einer lebhaften Agitation ein. Aus dem Geschäftsbericht wollen wir hier einiges darlegen.

Es waren Anfang des verfloffenen Jahres 18 Mitglieder darunter 3 jugendliche, vorhanden. Am Jahreschluss hingegen zählten wir 40 Mitglieder, darunter 29 jugendliche; dieser erfreuliche Fortschritt entfällt in der Hauptsache auf das 4. Quartal. Die Einnahmen der Hauptkasse betragen 417,40 Mk., die Ausgaben 275,77 Mk.; an die Hauptkasse wurden 166,32 Mk. abgeandt. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 65,76 Mk. und Ausgaben im Betrage von 44,30 Mk. An Versammlungen wurden abgehalten 1 öffentliche, 22 Mitglieder-, 5 Werkstatt- und 11 Vorstands- und Vertrauensmännerversammlungen. Das Resultat der Werkstatt-, Zunahme um 23 Mitglieder im 4. Quartal, wurde bei der Darlegung des Geschäftsberichtes mit einem jubelnden Bravo begrüßt und neuer Mut und Begeisterung zur weiteren Agitation wurde dadurch ausgelöst.

Die Wahl des Vorstandes ergab die einstimmige Wiederwahl der alten Kollegen. Gewiß ein ehrenbes Zeichen für diese; und sicher werden sie sich im neuen Jahre dieses Vertrauens würdig zeigen. Sobann hielt uns Kollege Czora einen Vortrag, in dem er die erfolgreiche Arbeit des letzten Vierteljahres dankbar anerkannte und uns zur weiteren Arbeit anspornete. Er führte uns jene Männer vor Augen, die mit Aufopferung ihrer eigenen Person an der Erstarbung und Vorbereitung der Arbeiterorganisationen gearbeitet haben. Wie diese Arbeiter zu jedem Opfer für ihre Sache bereit waren, so sei es auch Ehrenpflicht für uns, das begonnene Werk durch eifrige Mitarbeit weiter zu führen, zu unserem eigenen Besten. Der Duisburger Formerscheverein, an dessen Spitze unser jetziger Zentralvorsitzender Kollege Wieber stand, habe mit seinen 80 Mitgliedern einst fünf Monate für die Rechte der Arbeiter kämpfen müssen und an 7000 Mark an Streikunterstützung aufgebracht, sodaß selbst Frauen und Kinder sich Entbehrungen auferlegen mußten. Diese Männer hätten unter aller Schamlosigkeit tapfer ihre Sache durchgehalten; ihnen zu folgen müsse unser aller Stolz sein. Zum Schluss forderte er die Kollegen auf, in der Arbeit nicht zu erlahmen, sondern jetzt erst recht mit der Hausagitation, sowie mit der Agitation von Mund zu Mund zu beginnen, denn wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Daß dem so ist, das hat uns das letzte Vierteljahr bewiesen. Sage keiner es geht nicht oder die Verhältnisse sind zu schwierig, es wäre besser, daß man da gleich offen sagen würde, man wolle es nicht tun. Diese Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Mit einem Hoch auf den Verband wurde die Versammlung geschlossen.

Kollegen! Lassen wir die Begeisterung nicht wirkungslos verpuffen. Schieben wir das Eisen solange es warm ist. Ganz besonders müssen die jungen Kollegen ihre ganze Kraft der Agitation widmen. Denn gerade das heranwachsende Geschlecht wird den Kampf um die Gleichberechtigung der Arbeiter ausfechten müssen und dieser wird nicht gerade leicht sein. Aber auch die älteren Kollegen, die uns noch fern stehen, müssen wir gewinnen, damit wir auch in der Gegenwart an die Verbesserung unserer Lage denken können.

Ludwigshafen. Am 12. Januar fand im katholischen Gesellenhaus unsere diesjährige Generalversammlung statt. Dieselbe war gut besucht. Den Beratungen lag folgende Tagesordnung zu Grunde: Tätigkeitsbericht für 1912, Quartals- und Jahreskassenbericht, unsere Aufgaben im Jahre 1913, Neuwahlen und Wünsche und Anträge. Den Tätigkeitsbericht erstattete der Vorsitzende Kollege Schwarz. Er bezeichnete das verfloffene Jahr für die Ortsgruppe als ein ziemlich ruhiges. Neben der geplanten Aussperrung, wo jedoch die Kündigungen in letzter Stunde rückgängig gemacht wurden und einer Lohnbewegung bei der Firma Zimmermann, wo nur einer unserer Kollegen beteiligt war, brachte es uns keine weiteren Kämpfe. In einem Falle jedoch konnte man wieder so recht die Freiheit, wie sie von seiten der Sozialdemokraten verstanden wird, beobachten. Ein Kollege, der seit 5 Jahren als Maschinenführer in der Brauerei Bärgebräu tätig war, wurde, weil er seine christliche Ueberzeugung mit der sozialdemokratischen nicht vertauschen wollte, auf die Straße gesetzt. Wieder ein Beweis zu den vielen, wie es unsere Gegner mit der so vielgepriesenen Freiheit halten. „Rot oder kein Brot“ ist auch bei den Ludwigshafener Genossen oberster Grundfak.

Neben dem roten Terror machen sich auch die Gelben hier und da bemerkbar. Erst in letzter Zeit wurde auch bei der Firma Gebrüder Sulzer ein „Unterstützungsverein“ gegründet. Diese Gebilde können sich auf die Dauer nicht halten, denn es sind meistens Leute, die auf Kosten anderer ihre Ruhe pflegen und die Mitglied dieser Vereine werden, um nicht bei der ersten Gelegenheit auf die Straße zu fliegen. Diese von den Unternehmern gegründeten „Arbeiter“organisationen werden dem Fortschreiten unserer christlich-nationalen Arbeiterbewegung keine Hindernisse in den Weg legen können.

Auch in der Agitation war das Jahr 1912 für unsere Ortsgruppe ein ziemlich ruhiges. Es hätte mehr geleistet werden müssen, besonders in der Hausagitation. Erst im letzten halben Jahre ging es etwas vorwärts und konnten wir deshalb mit der Zunahme von 23 Mitgliedern abschließen. Immerhin in einer roten und gelben Hochburg ein kleiner Erfolg, der jedoch bei intensiver Arbeit ein weit größerer sein könnte; denn zweifellos ist hier noch eine große Anzahl Kollegen, die noch keiner Organisation angeschlossen sind und nur durch die Hausagitation zu gewinnen sind. Es müssen deshalb alle Mitglieder und Vertrauensleute dem Apell, den der Vorsitzende an sie richtete, Arbeitsmaterial zu sammeln und sich rege an der kommenden Hausagitation zu beteiligen, unbedingt Folge leisten.

Auch der Versammlungskontrolle ist in Zukunft besser werden. Die Versammlungskontrolle ist eingeführt und werden säumige Kollegen bei Beziehung von Unterstützung entsprechend berücksichtigt werden. Nachfolgende Versammlungen fanden im Berichtsjahre statt: Wessentliche 2, Mitgliederversammlungen 17, Vorstands- und Vertrauensmännerversammlungen 9. Für die Zukunft finden unsere Mitgliederversammlungen jeden 2. Samstag im Monat im Gesellenhaus, Uhlstraße 1, statt. An Flugblättern wurden im Laufe des Jahres eine Anzahl verteilt, so zuletzt an die Arbeiterchaft von Gebr. Sulzer und die der badischen Anilin- und Sodafabrik das Flugblatt: „Der wahre Charakter der gelben Werkvereine.“ Die Kollegen von Mendenheim konnten im Laufe des letzten Quartals eine eigene Sektion bilden. Hoffentlich machen sie gute Fortschritte.

Sobann folgte der Kassenbericht, der sehr eingehend vom Kassierer Kollegen Adolf Stieh gegeben wurde. An Einnahmen hat die Ortsgruppe zu verzeichnen 1753,90 Mk. An die Hauptkasse wurden abgeschickt 1287,61 Mark. An die Bezirkskasse 309,12 Mark. Bestand der Lokalkasse 147,74 Mark gegen 122,94 Mark im vorigen Jahre. An Unterstützungen wurde ausbezahlt bei Arbeitslosigkeit 21 Mk., Maßregelung 50 Mk., Umzug 20 Mark, Reise 9 Mark und Krankheit 124 Mark, zusammen also 224 Mark. Der Vorsitzende dankte dem Kassierer für seine opferfreudige Tätigkeit und die Generalversammlung erteilte ihm einstimmig Decharge.

Zu Punkt 3 warf der Vorsitzende einen Ausblick auf das kommende Jahr. Von dem Grundgedanken „Wenn sich nun die neuen Tage, aus dem Schutt der alten bauen, kann ein ungetrübtes Auge rückwärts blickend vorwärts schauen“, aus Webers „Dreizehnlinden“ ausgehend, zeigte er, wie im neuen Jahre gearbeitet werden muß. Alle Kollegen seien verpflichtet mitzuarbeiten bei allen Veranstaltungen, die von der Vorstandschaft getroffen werden, wie Versammlungsbesuch, Hausagitation usw. An der Hand von Beispielen, wie Haus handwerkerbewegung, Aussperrung im allgemeinen und der Mendener Kollegen im besonderen zeigte er, wie notwendig die Organisation ist und wie segensreich sie wirkt, wenn für einzelne Berufe oder Betriebe Tarifverträge zum Abschluß gebracht wurden. Nur der gewerkschaftlichen Organisation haben wir es zu verdanken, daß die Industriellen von S.-hafen-Mannheim am 1. Oktober v. J. die Arbeitszeit um 1 Stunde pro Woche verringerten und als Ausgleich den Stundenlohn 1 Pfennig erhöhten. Arbeiten wir darum mit Energie an dem inneren und äußeren Ausbau unserer Ortsgruppe und Organisation, denn je stärker die Organisation, desto weniger werden die wirtschaftlichen Kämpfe werden. Auch in geistig-sittlicher Beziehung wollen wir vorwärtsschreiten, indem wir an uns selbst arbeiten und die uns anhaftenden Mängel und Fehler ganz zu beseitigen suchen. Das Verbandsorgan und die Verbandssektoren sollen wir fleißig studieren und so auch die kulturelle Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation kennen und schätzen lernen.

Die alte Vorstandschaft wurde fast einstimmig wieder gewählt, auch ein Beweis, daß dieselbe das Vertrauen der Mitglieder besitzt. Als 1. Vorstand wurde gewählt Kollege W. Schwarz einstimmig, als 2. Vorstand Karl Stein neu, als Kassierer einstimmig Adolf Stieh, Schriftführer wurde Kollege Otto Brunner und Beisitzer bzw. Revisoren unser alter Kollege Karl Schmitt und Wilhelm Martbaler. Kartellbeauftragter wurden die Kollegen Jung, Stein und Wlenzger. Als weiterer Vertrauensmann für S.-hafen-Nord wurde Kollege Schen bestimmt. Alle nahmen die Wahl an mit Ausnahme von Kollegen Jung, der die Wahl als 2. Vorsitzender ablehnte; jedoch die Stelle eines Bibliothekars weiter behielt. Bei Punkt Wünsche und Anträge wurden noch verschiedene Anregungen gegeben. Im ganzen kann der Verlauf der

Generalversammlung als durchaus befriedigend angesehen werden.

Zum Schlusse sprach der Vorsitzende allen Kollegen, ganz besonders aber den rührigen Vertrauensmännern für ihre Mitarbeit den wärmsten Dank und die vollste Anerkennung aus und forderte sie auf, auch im neuen Jahre ihre ganze Kraft in den Dienst unserer guten Sache zu stellen.

Haan. Die hiesige Sektion unseres christlichen Metallarbeiterverbandes hielt am 11. Januar ihre gutbesuchte Generalversammlung ab. Der Jahresbericht, welcher vom Kollegen Rüpper gegeben wurde, zeigte, daß auch hier die Kollegen bemüht waren, das im vorigen Jahre gesteckte Ziel zu erreichen.

Große Aufmerksamkeit wurde dem innern Ausbau der Organisation gewidmet. Dieses zeigte der Kassenbericht, welchen Kollegen Herre gab. 7540 Markten wurden verkauft und ergaben eine Summe von 4 1/2 tauend Mark.

Kollegen von Haan! Das Jahr 1912 hat uns wieder einen Schritt nach vorwärts gebracht. Alle Kollegen, welche dazu beigetragen, müssen auch im nächsten Jahre mit demselben Eifer wie bisher kämpfen für unsere Sache sein.

Düsseldorf. Eine starkbesuchte öffentliche Metallarbeiterversammlung beschäftigte sich in eingehender Weise mit dem organisierten sozialdemokratischen Wutsturm zur Verdrängung christlich organisierter Mitarbeiter bei der Firma Poncelet im Hilben.

Nicht allein, daß Herr Jäger die Wahrheit nicht hören wollte, sondern es erschien in der roten „Volkszeitung“ auch noch eine Warnung für die Genossen:

„Achtung Metallarbeiter! Der christliche Metallarbeiterverband ladet „alle Metallarbeiter“ ins Paulushaus ein, um seinen Streikbruch in Hilben zu beschönigen. Als Köder soll, um einen guten Versammlungserfolg zu erzielen, (man fange mal wieder hinter dem Ofen D. Eins.), der Genosse Jäger dienen, den man per Einschreibebrief eingeladen hat. Selbstverständlich wird Jäger nicht hingehen und hat er dieses den Christen auch längst mitgeteilt; die betr. Schreiben sind in der gestrigen Nummer der „Volkszeitung“ veröffentlicht. Das verhängnisvolle die Einberufer weil sie hoffen mit freigelegten Metallarbeitern den Saal des Paulushauses zu füllen. Die Düsseldorf'scher Metallarbeiter haben ihre Stellung zum Streikbruch in Hilben präzipiert und überlassen es den Christen, ihre Mahnwünsche allein vorzunehmen.“

Somit können die Genossen sich bekennen, uns den Saal gefüllt zu haben; denn es waren ihrer höchstens 2 Duzend da, die wohl als „unboismäßig“ eine Menge erhalten, wenn nicht anders kommt. Denn, da Jägers Ablehnung keine Hebelkraft, sondern ein Knüttel vor der Wahrheit war, ist es ihm von seinen Mitgliedern, die erst vorzeitig in den Betrieben behaupteten, Jäger würde bestimmt erscheinen, hies trumm gekommen worden. Das wird noch was für ihn abgehen, da ein Banmeister das Erscheinen Jäger in der Hüller Versammlung aufkündigte.

Kollege Schulte schilderte in eingehender Weise den ganzen Verlauf der letzten Handlungsszene der Gewerkschaftssozialisten an der Hand eines völlig einwandfreien, jederzeit zugegenhlich zu erhaltenden Materials. Die hinter dem Rücken unserer Mitglieder, überhaupt unserer Organisation, geforderte Entlassung der zwei christlichen Kollegen wird von der Firma wie folgt angegeben:

„Am Freitag, den 29. November erschienen wir mit einem Baran die beiden Schlosser G. H. v. Portzmann und Wilhelm Friede und gaben im Namen der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter die Erklärung ab, daß es der Beschäftigung ihrer Kollegen sei, fortan mit den beiden christlich organisierten Künster und Schweiß nicht mehr zusammen zu arbeiten, denn diese beiden Leute seien die Vertreter des be-

kannten Flugblattes, das gelegentlich der Hildener Stadtratswahl, zu der der Werksangehörige Schlosser Bodemühl als Kandidat der Sozialdemokraten aufgestellt, vorbereitet worden war. Sie (also Portzmann und Friede) erklärten weiter, daß sie aus obigem Grunde die Entlassung der beiden Christlichen fordern müßten, und falls die Entlassung dieser beiden Leute bis Montag, den 2. Dezember nicht erfolgt sei, alle Freigewerkschaftler die Arbeit niederlegen würden. Den Beschäftigung auf die vorgebrachte Forderung verlangten sie zu Montag früh, den 2. Dezember. In diesem Tage wurde nun seitens des Herrn Japp den Freigewerkschaftlern vorbehaltlos erklärt, daß die beiden Leute Künster und Schweiß nicht entlassen würden auch nicht auf die angebotene Maßnahme eines Streiks hin.“

Interessant sind die hier angegebenen Gründe zur Rechtfertigung einer solch schollen Tat. Selbst war dem sozial. Stadtratskandidaten auf sein Befragen hin erklärt worden, niemand habe von der Firma aus gegen seine Kandidatur irgendwie welche Bedenken. Diese Leute wollen jedoch andere durch Droßlosmachung zwingen, keine Flugblätter zu erfassen oder zu verbreiten, welche ihnen schaden könnten, trotzdem keiner der beiden christlichen Arbeiter sich hieran beteiligt hat.

Traurig ist es, wie derartige Beschlüsse in Gegenwart der verantwortlichen Verbandsleitung gefaßt werden können. Das man es tat, hat der hier als äußerst radikal bekannte Beamte Biegel zugegeben, dem als Renegat ein geradezu infernalischer Haß gegen alles, was sich christlich bezeichnet, eigen zu sein scheint. Diese Tatsachen stehen fest und beweisen, wie vorsichtig man solchen sozialdemokratischen Beamten gegenüber sein muß. Sie verweigern die Wahrheit, daß sich die Balken biegen.

Und Leute, die ein solch terroristisches Vorgehen gegen unsere Mitglieder sanktionieren, haben dann noch die Stirn, uns unter Vorpiegelung ganz anderer Ursachen zum Mit-tun bei einer Bewegung zwecks Droßlosmachung unserer Mitglieder aufzufordern. — Maßregelungen werden erdichtet, Entlassung wegen der Verkürzung der Arbeitszeit ebenfalls. Das die Entlassungen auf die Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit zurückzuführen seien, mögen die Genossen ihren Kindern anbinden. Die Firma denkt garnicht an eine Aenderung dieser Arbeitszeit.

Dann will man nur diese beiden christlichen Mitarbeiter haben treffen wollen. Gegen unsere Organisation wolle man nichts unternehmen! Auch soll beschlossen worden sein, der Firma anheimzugeben, zwei andere christlich organisierte einzustellen. — Du heiliger Himmler!

Das alles sind Verlegenheitsphrasen, die Kinder wiederlegen können. Natürlich wollte man diese beiden christlichen Mitarbeiter treffen, weil sie standhaft allem und jedem Terror der Genossen zum Trotz ihre Gesinnung nicht wie ein schmutziges Hemd wechselten. Daß allerhand gemeine Schikulierungen betrieben wurden, wie wir berichtet haben, beweist auch der Fabrikanschlag einwandfrei.

Nach den Darstellungen der „Volkszeitung“, (Artikelschreiber Jäger) sind die zwei christlichen Mitarbeiter proponierend und unkollegial gegen die 33—35 Gewerkschaftssozialisten aufgetreten! Jäger will anheimend als Wittenredner auftreten und reißt daher jetzt schon Witz. Einem anderen Absicht er dadurch, daß er einen möglichst großen Zeitraum zwischen die Forderung der Entlassung und die Kündigung der Genossen bringen möchte. Er schreibt: „Erst fünf Wochen später als wieder...“ Das dies kein Druckfehler ist beweist er eingangs und schreibt: „Als im November von der Firma...“ Wie kann Jäger vom November schreiben, wenn seine Genossen ihr Ultimatum auf den 2. Dezember gestellt? wie kann man fünf Wochen heranzählen, da sie am 21. Dezember die Arbeit niederlegten? Genau sind es drei Wochen, mag Herr Jäger im Kalender nachsehen.

Zum Schluß der Versammlung wurde folgende Entschliebung gegen die Stimmen der anwesenden radikalen Genossen angenommen:

„Die am 16. Januar im Paulushaus überaus zahlreich besuchte Versammlung der christlichen Arbeiter Düsseldorf's begrüßt mit Freuden die Stellungnahme des christlichen Metallarbeiterverbandes gegenüber dem Vorgehen des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, der in Hilben verlangte, daß der christliche Metallarbeiterverband bei der Firma Poncelet mit streiten sollte, weil die Firma sich weigerte, zwei im christlichen Metallarbeiterverband organisierte Arbeiter auf Verlangen der Sozialdemokraten zu entlassen.“

Versammlung erwartet, daß der christliche Metallarbeiterverband auch in Zukunft seine Mitglieder gegen den untrüglichen Terrorismus der Sozialdemokraten nachdrücklich in Schutz nimmt.

Versammlung verpflichtet sich, den christlichen Metallarbeiterverband zu stärken, weil nur durch eine starke, christliche nationale Gewerkschaft die Interessen der Metallarbeiter dauernd genahrt werden können.“

Mit einem begeistert aufgenommenen Appell, alles für die weitere Stärkung des christlichen Metallarbeiterverbandes einzusetzen, wurde diese Versammlung mit einem bröhnenden Hoch auf unsere Bewegung geschlossen.

### Gelbeingänge bei der Hauptkasse

im Monat Dezember:

- Hamburg 350.— Nürnberg 1050.— Stromberg 5.— Olpe 400.— Reheim 200.— Bremerhaven 100.— Ludwigshafen 150.— Ulm 200.— Eßlingen 9.— Worms 600.— Dortmund 1000.— Straßburg 14,95.— Wetzlar 80.— Stuttgart 150.— Hohen 100.— Schweinfurt 400.— Barmen 600.— Hildesheim 12,70.— Markkirch 7,56.— Ravensburg 215,70.— Thale 7.— Solingen 600.— Straßburg 6,45.— Lauterbach 94,01.— Stuttgart 150.— Reheim 1000.— Aachen 2000.— Hohen 150.— Düsseldorf 1000.— Langen 8,60.— Münster 30.— Roth 6,40.— Stettin 11,45.— Glatz 16,35.— Oberndorf 15,70.— Kaufbeuren 6.— Düren 40.— Freiburg 14,50.— Frankfurt a. M. 52,53.— Hamburg 50.— Reutbad a. S. 13,50.— Ditzberg 200.— Frankfurt 500.— Düsselndorf 1000.— Köln 2100.— Lübeck 11,70.— Magdeburg 50.— Saarbrücken 299,74.— Ravensburg 2,80.— Gabelsberg 800.— Barmen 580.— Hagen 1000.— Reheim 200.— Bromberg 8,90.— Hensburg 400.— Bremen

- 150.— Solingen 700.— Hamm 2200.— Quakenbrück 9,50.— Dortmund 100.— Hannover 150.— Werdohl 300.— Nürnberg 50.— Leipzig 30.— Rabolzfeld 16.— Nieder-Eslohe 12.— Eßling 19,50.— Delbe 57.— München 57.— Papenburg 9,30.— Düsseldorf 1200.— Landsberg 2,50.— Triberg 17,15.— Stuttgart 250.— Bodum 450.— M. Gladbach 1200.— Schramberg 107.— Hannover 200.— Augsburg 50.— Jugoslaw 4,70.— St. Ingbert 40.— Neuwied 4,75.— Berlin 300.— Wittenberge 22,84.— Borsheim 25,60.— Bromberg 1,85.— Jugoslaw 40.— Hamburg 372,80.— Schwenried 4,80.— Lippstadt 500.— Wallau 20.— Elm 2000.— Neudorf 33,04.— Werdohl 60,35.

### Briefkasten.

Nach Saarbrücken. Bericht ging für diese Nr. zu spät ein, wird in Nr. 5 erscheinen. Nach Herre: Für diese Nr. zu spät eingegangen.

An verschiedene Einsender: Artikel, die in einer bestimmten Nr. des Organs erscheinen sollen, müssen möglichst frühzeitig auf der Redaktion eingehen. In letzter Zeit häufen sich solche Eingänge immer Samstags und Montags. Es ist ausgeschlossen, daß die Redaktion dann in letzter Stunde vor Drucklegung des Organs noch allen Wünschen nachkommen kann. — Auch muß an dieser Stelle wieder auf die alte Regel aufmerksam gemacht werden, daß Manuskripte nur einseitig beschreiben werden dürfen.

### Sterbetafel.



Dortmund Hörde. Am 6. Januar starb unser Kollege Hubert Pieber im Alter von 27 Jahren an Lungenerleiden.

Ehre seinem Andenken!

### Versammlungskalender.

Kollegen und Kolleginnen!

Versammelt ohne triftigen Grund keine Versammlung!

Samstag, den 25. Januar.

- Berlin. Generalverf. abends 8.30 Uhr in Schulz-Besitz, Am Stütgen-graden 14.
- Berlin-Oberischdnetzebe. Abends 7 Uhr bei Dösch.
- Dortmund 2. Abends 8.30 Uhr bei Kleinsorg, Desterstraße, Generalversammlung.
- Dortmund-Hörde. Abends 8.30 Uhr bei Stolze, Generalversamm. Eßfeld. Abends 8.30 Uhr Generalverf. bei Herkenrath, Klostbach.
- Eßfeld. Abends 8.30 Uhr im Weltmarischen Hof.
- Eßlingen. Generalverf. abends 8.30 Uhr in der „alten Krone“.
- Hamburg. Abends 8.30 Uhr in Wülfers Gesellschaftshaus, Köhlhöfen 27.
- Köln. Abends 8.30 Uhr bei Mann („Deutsches Haus“).
- Köln-Stadt. Abends 8 Uhr „am Raismühle“, Neumarkt 12.
- Köln-Deut. Abends 9 Uhr „zur Krone“, Krefeldstraße.
- Leipzig. Generalverf. abends 8.30 Uhr in der „grünen Eiche“, St.-Benau, Demmeringstraße 22. Keiner darf fehlen.
- Milbanten im Elia. Generalverf. abends 8 Uhr in der Wippschaff Burel, Ecke Dornacker und Fabrikstraße.
- Neuburg. Abends 8.30 Uhr bei Weimann, Wilhelmstraße 30.
- Rabolzfeld. Generalversammlung.
- Stuttart-Ludwigsburg. Abends 8 Uhr bei Weimann.
- Wesert. Abends 8.30 Uhr bei Fehltner, Kirchstraße 12.

Sonntag, den 26. Januar.

- Böckum-Verwaltungsstelle. Nachm. 3 Uhr Vertrauensmänner-verf., 5 Uhr Generalversammlung. Ref. Kol. Kraus-Duisburg.
- Buchholz. Vorm. 11 Uhr bei Rüpper, Düsseldorfstr. Generalverf.
- Danzia. Generalverf. nachm. 2 Uhr im St. Jofelshaus.
- Dortm. Morgens 11 Uhr bei Hüter.
- Dortmund 1. Vorm. 11 Uhr im christl. Gewerkschaftshaus, Westerblickstraße, Generalversammlung.
- Duisburg. Generalverf. vorm. 11 Uhr bei Rüpper, Bauhelferstr.
- Duisburg-Bauhelferort. Nachm. 7 Uhr bei Raffesse, Hückerstr.
- Durlach. Generalverf. nachm. 3.30 Uhr im Bahnhof.
- Düsseldorf-Oberbill. Generalverf. vorm. 11 Uhr bei Wölges, Eberstraße 183.
- Düsseldorf-Verken. Generalverf. vorm. 11 Uhr bei Reusen, Durlachstraße.
- Düsseldorf-Volkshaus. Generalverf. vorm. 11 Uhr bei Blau, Düsseldorfstraße 282.
- Düsseldorf-Ratingen. Abends 8 Uhr Festversammlung. Erscheinen aller Kollegen Pflicht.
- Eßen-Ortsverwaltung. Generalverf. vorm. 10.30 Uhr im Vereins-haus Eßen-Wef, Unterdorfstraße. Mitgliedbuch berechtigt zum Eintritt.
- Eßenheim. Generalverf. mit Kassenbericht und Neuwahl bei Birn Joh. Kranz in Eßlingen.
- Glabbeck. Nachm. 3.30 Uhr bei Kortwot (christl. Gewerkschaftshaus).
- Herdecke. Vorm. 11 Uhr bei S. Wien, Hauptstraße.
- Jugoslaw. Generalverf. vorm. 10 Uhr im kath. Vereinshaus. L.-D.: Jahresbericht des Vorstandes, Kassenbericht, Neuwahlen, Ver- schiedenes.
- Köln-Ehrenfeld. Morgens 11 Uhr bei Wittkamp, Venloerstraße.
- Lüdenscheid-Jugendliche. Mittags 1 Uhr vom Büro Schulstr. 28 aus Komrad nach Schalkmühle.
- München, Bezirk Schwabing. Generalverf. vorm. 10 Uhr bei Gröber, Unterstraße 22.
- Neunkirchen. Abends 8 Uhr bei Schleppe, „am Stern“.
- Schalkmühle-Jugendliche. Nachm. 5 Uhr bei Wetter.
- Troisdorf. Morgens 10.30 Uhr bei Kürten in Troisdorf.
- Wetter. Vorm. 11 Uhr im evanngl. Vereinshaus.
- Zanten. Abends 8 Uhr bei Romboyn mit Frauen.

Samstag, den 1. Februar.

- Berlin-Moabit. Verf. bei Raberzki, Goslowskistraße 86.
- Bielefeld. Abends 8.30 Uhr bei F. Schürmann, Jagenerstraße.
- Bremen. Abends 8.45 Uhr im Colosseum, Ditterstraße 1.
- Eßen, Kunit und Bauchsloffer des Kleinwerkes. Abends 8.30 Uhr in der „Bürgerhalle“, Rotstraße 19.
- Eßen-Vorber-Schnebeck. Abends 8 Uhr bei Kiefenagel.
- Freiburg. Abends 8.30 Uhr im Ganterstr., Schiffsstraße 7.
- Stuttgart. Abends 8.30 Uhr im römischen König.
- Wetterbauer-Vogelhang. Abends 8.30 Uhr bei Mühlensborn, Emperstraße.

Sonntag, den 2. Februar.

- Altenbagen. Vorm. 11 Uhr bei Aug. Stelmans, Boelerstraße 1.
- Befum. Vorm. 11 Uhr bei E. B. Schulle, am Markt.
- Bellheim. Verf. im Strich.
- Berlin-Jugendliche. Nachm. 3 Uhr im „Deutschen Gärtnerheim“, Straßenerstraße 53.
- Lüdenscheid. Vorm. 11 Uhr bei E. Diemer, Wilhelmstraße.
- Frier. Vorm. 11 Uhr bei Strögen, an der Westerkafelene.
- Schalkmühle. Nachm. 5 Uhr bei Webber, Hülberstraße.
- Schwelm. Vorm. 11 Uhr bei Wiele, Bahnhofsstraße.

Merere tüchtige Feinmechaniker gesucht. Schriftliche Anfragen an unser Verbandssekretariat München, Bayerstraße 25/III, Abg., Eingang Schillerstraße.